

Bezugspreis:
Stückpreis 1,50 M., monatlich 1,50 M.,
vierteljährlich 3,50 M., halbjährlich 6,50 M.,
jährlich 12 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 26. Oktober 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Neue Erfolge an der Isonzofront.
Die Kanzlerkrise noch nicht entschieden.

Es ist nicht richtig, daß in der Regierungskrise schon eine
Entscheidung des Kaisers zugunsten des Herrn Michaelis ge-
fallen ist. Diese Entscheidung scheint vielmehr und ist späte-

Wie die Entscheidung der Krone fallen wird, darüber
sollte man sich eigentlich gar keinem Zweifel hingeben dürfen.
wenn man den Stand der Dinge ruhig betrachtet. Es ist
nicht wahr, daß eigentlich nur ein Konflikt zwischen der
Regierung und der Sozialdemokratie bestehe, wobei die bürger-

Mit den neutralen Staaten sind, wie bekannt, gerade
jetzt schwierige Verhandlungen zu führen. Man sieht keine
Möglichkeit, sie zu einem guten Ende zu bringen, während
sich die Regierung in einer latenten Krise befindet und eine
eigentliche politische Leitung des Reiches fehlt.

Zwischen der Reichskanzlei und einzelnen Reichsämtern
besteht Zerfahrenheit, zwischen ihr und dem Reichsmarineamt
förmlicher Kriegszustand. Herr Michaelis hat in die „Voss.
Ztg.“ eine Notiz gelangen lassen, wonach Herr v. Capelle an
der großen Blamage vom 10. Oktober die Schuld tragen soll,
da er in seinem Vorgehen gegen Haase und Benfossen die
vereinbarten Grenzen überschritten habe. Herr v. Capelle
machte daraufhin dem Reichskanzler den Vorwurf der In-

In Preußen ist die Ausführung des königlichen Wahl-
rechtsversprechens in Vorbereitung. Die Mehrheits-
parteien sind sich einig darüber, daß sie in loyaler Weise,
ohne alle reaktionären Winkelzüge erfolgen muß. Ob eine
solche Ausführung von Herrn Michaelis seiner ganzen Ge-
sinnung nach zu erwarten ist, bleibe dahingestellt. Aber selbst
dies angenommen: wer traut ihm noch allem, was geschehen
ist, die Energie und die Geschäftlichkeit zu, das Werk zustande
zu bringen? Ein Kanzler, der mit den Widerständen im Land-
tag fertig werden will, muß ein gewiegter Politiker sein und
das Vertrauen des Volkes hinter sich haben. Mit Michaelis
ist eine loyale Ausführung des Wahlrechtsversprechens un-
möglich.

Das Verbleiben dieses Herrn in seinem Amte bedeutet
eine Lähmung aller politischen Funktionen
des Reichs nach außen wie nach innen. Die Lage ist also
vollkommen klar, und die einzige Schwierigkeit scheint darin
zu bestehen, daß Herr Michaelis durch nichts dazu zu bringen
ist, sein Abtätigungsgebet einzureichen. Aber sollte sich die nicht
überwinden lassen? Jemandem muß doch diese Situation zu
Ende gebracht werden, die für alle Beteiligten peinlich ist, am
meisten, sollte man denken, für den Nächstbeteiligten selbst.

Die politische Versöhnlichkeit des Reichskanzlers
scheint aber leider so weit zu gehen, daß er gar nicht merkt,
wogu er gebraucht wird. Es ist die Vaterlandspartei,
die ihn heute als Werkzeug benutzt um ihn morgen, wenn er
seinen Zweck erfüllt hat, zum alten Eisen zu werfen.
Es wird daran gearbeitet, die Lage so zu verschärfen, daß
sie für den starken Mann reif wird, der, auch nach der Ueber-
zeugung der Vaterlandspartei, Herr Michaelis nicht ist. Für
den Fall eines Konfliktes mit dem Reichstag bietet sich diese
Sechswochen-Partei als Hilfstruppe der neu zu errichtenden
Autokratie an, und sie macht sich anheischig, bei einer etwaigen
Reichstagsauflösung alle Parteien über den Haufen zu
rennen: die Sozialdemokratie, die Fortschrittliche Volkspartei,
das Zentrum und auch die Nationalliberalen. Gibt es wirklich
politische Rinder im Reiche, die solches Märchen glauben?

Zur Vorbereitung dieses großen Schlags soll zunächst die
Mehrheit geprengt werden, und darum wird in der
alldeutschen Presse tagaus tagein versichert, daß die Mehrheit
nicht einig sei. Nun ist es so ganz selbstverständlich, daß die
Vertreter, die sich in der Mehrheit zusammengefunden haben,
über sehr viele Dinge verschieden denken. Aber was sie ver-
bindet, das ist der Wille, dem Reich in einer Zeit schwerster
Gefahren zu einer Stetigkeit und Klarheit der äußeren und
inneren Politik zu verhelfen, die ihm bisher gefehlt hat, und

Trommelfeuer am Houthoulster Walde. —
Feuerkampf am Dife-Aisne-Kanal. —
Die italienische Front von Flitsch und
Tolmein durchbrochen. — Mehr als
10 000 Gefangene.

Amlich. Großes Hauptquartier, 25. Oktober
1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
In Flandern lag tagsüber härteres Feuer als sonst auf der
Kampagne zwischen der Küste und Blaukart-See.

Bon dort, bis zur Lys besetzte der Feind die einzelnen Ab-
schnitte mit Feuerwellen, die sich vom Houthoulster Walde bis
Paschendale gegen Abend zu festigstem Trommelfeuer verdichteten.
Größere Angriffe erfolgten nicht.

Im Artois und bei St. Quentin spielten sich Vorfeldkämpfe
mit uns günstigem Erfolge ab.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Dife-Aisne-Kanal verlief der Tag bei geringer Feuer-
sätigkeit des Feindes.

Nur vor Dunkelheit schwoll schlagartig der Feuerkampf wieder
an. An mehreren Stellen drangen französische Erkundungstruppen
vor; sie wurden überall abgewiesen.

Nachts blieb das Feuer lebhaft.
Zwischen Aisne und Maas kam es mehrfach zu Erkundungs-
kämpfen, die örtliche Steigerung des Feuers hervorriefen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Bedeutung.
Mazedonische Front.

In den meisten Abschnitten hat sich die Artillerietätigkeit
verhärtet.

Italienische Front.

Waffenruhe traten gestern deutsche und österreichisch-ungarische
Truppen Seite an Seite in den Kampf gegen den ehemaligen
Verbündeten.

In mehr als 30 Kilometer Breite nach kurzer, harter
Feuerwirkung zum Sturm entretend, durchbrachen oft bewährte
Divisionen die italienische Isonzo-Front in den Becken von Flitsch
und Tolmein.

Die Täler herrschende starke Stellungen des Feindes wurden
im ersten Stoß überrannt; trotz zäher Gegenwehr erklimmen
unsere Truppen die steilen Bergänge und stürmten die feindlichen
Stützpunkte, welche die Höhen krönten.

Schnee und Regen erschwerten das Vorwärtstommen in dem
zerfetzten Gebirgsgeleude; ihre Einwirkung wurde überall über-
wunden. Hartnäckiger Widerstand der Italiener mußte mehrfach
in erbitterten Nahkämpfen gebrochen werden.

Die Kampfhandlung nimmt ihren Fortgang.

Bis zum Abend waren mehr als 10 000 Gefangene, dabei
Divisionen- und Brigadestäbe, und reiche Beute an Geschützen und
Kriegsmaterial gemeldet.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 25. Oktober 1917, abends. Amlich.

In Flandern harter Feuerkampf, besonders östlich von
Ypern.

Bei Pinon und Chavignon nahmen wir nachts unsere
Vortruppen in den Ailette-Grund, morgens französischem
Druck nachgebend hinter den Dife-Aisne-Kanal zurück.

Im Osten nichts von Bedeutung.

In Italien brachte die Weiterführung unseres Durch-
bruchs bei Flitsch und Tolmein neue Erfolge.

Gefangenzahl und Beute sind im Steigen.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 25. Oktober 1917. (W. Z. B.) Amlich wird
verlautbart:

Die zwölfte Isonzoblast, hervorgegangen aus
der Initiative der in Not und Tod uren verbündeten Mittelmächte,
hat gestern erfolgreich eingeleitet.

Um 7 Uhr früh begannen die Geschwader ihre Vernich-
tungsarbeit. Eine Stunde später ging in Sturm, Regen und
Schneegeflügel die Infanterie zum Angriff über. Wetter und
Gebirge stellen die Truppe auf eine überaus schwere Probe. Der
Feind wehrte sich aufs Hartnäckigste.

Doch schon um Mittag war die italienische Schiffsfront
zwischen dem Roubon und Auzza an vielen Stellen
durchbrochen. Alpenländische Regimenter nahmen Flitsch.
Deutsche Truppen warfen weiter südlich den Feind im ersten
Ansturm zurück. Die Höhen westlich von Flitsch und nord-
östlich von Auzza waren abends völlig im Besitz der Ver-
bündeten.

Im Nordteil der Hochfläche von Sainizza—Hei-
ligegeist setzte der Italiener gestern unseren Angriffen noch
bestimmten Widerstand entgegen.

Auf dem Monte San Gabriele, bei Görz und auf
der Karstochfläche schufen örtliche Unternehmungen die Vor-
bedingungen für weitere Kämpfe. Das Artilleriefeuer wuchs in
diesen Kämpfen auf beiden Seiten zu großer Stärke an.

Bis zum Abend sind mehr als 10 000 Gefangene gemeldet
worden. Unter ihnen befanden sich Divisionen- und Brigadestäbe.
Die Beute ist nicht im entferntesten zu überschätzen.

Bei der Heeresgruppe des Feldmarschalls Freiherrn von
Conrad Geschwaderkämpfe.

Ostlicher Kriegsschauplatz

und Albanien.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Die Stimmung gegen Michaelis.

Am Mittwoch verkündete die alldentische Presse triumphierend,
daß die Krise gelöst sei, indem Herr Michaelis im Amte bleibe. In-
zwischen dürften sie selber die härtesten Zweifel an der Berechti-
gung ihres vorschnellen Siegesgeschreies aufgeschichten sein. Die
Krise besteht fort und die öffentliche Meinung zeigt für Herrn
Dr. Michaelis ein sehr schlechtes Gesicht. Lediglich die alldentischen
Blätter, und auch diese nicht einmal geschlossen, fahren in ihrem
Bestreben fort, die Regierung gegen die Reichstagsmehrheit aufzu-
putzen. Nach der „Kreuzzeitung“ liegen die wahren Gründe für
den Ruf nach einem neuen Kanzler darin, daß der jetzige der Mehr-
heit noch zu widerständig ist. „Ihr feindlich der auf
dem äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen stehende „Deut-
sche Kurier“, der seiner Meinung dahin Ausdruck gibt,

daß das ganze mit so verdächtigem Eifer ausgeblähte Schred-
gespenst aber wie ein in die Luft verfliegender Jahresmarktschrei-
gebälde möglich in sich zusammenschumpfen müsse, sobald die
Regierung, die bisher ihr Heil in ständiger Beschwichtigung der
ausprachsbollen Parlamentarier suchte, den Ent-
schluß und das Geschick finden würde, die machthäuseren Herr-
schaften in die von der Reichsverfassung gezogenen Scharaken
zurückzuweisen.

Aber selbst die scharfmaderisch-schwerindustriellen „Berliner
Neuesten Nachrichten“ sehen Herrn Dr. Michaelis läßt bis ans
Herz hinan gegenüber und erklären, keine Veranlassung zu haben,
vor der Entscheidung irgendwelche Beratungen anzustellen.
Wöllig umgeschwenkt ist der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der nicht
nur den Sturz des Reichskanzlers ins Auge faßt, sondern die Ge-
legenheit benutzen möchte, um den Chef des Zivilkabinetts, Herrn

„Seleniti, zu befeigen. Die „Deutsche Tageszeitung“ will den Sturm gegen Michaels dadurch beschwichtigen, daß sie ihm nachräumt, sein Bestreben vom ersten Tage seiner Kanzlerschaft sei gewesen, „die Klüfte, die zwischen den Parteien bestanden, zu befeigen“. Aber ihr entgegen das „8-Uhr-Abendblatt“, in dem von national-liberaler Seite Herrn Michaels eine ungemein scharfe Abfrage erteilt wird. Niemand habe von Herrn Dr. Michaels innerhalb dreier Monate die Heberbrückung unüberbrückbarer Gegensätze verlangt, niemand Unmögliches von ihm erwartet.

Wichtig aber dürfte von ihm verlangt werden, daß durch sein Wirken die Klüfte nicht verbreitert und vertieft würde, die zwischen jenen Weltanschauungen besteht. Und weil selbst dieses beschriebene Verlangen von dem Reichskanzler nicht erfüllt worden ist, hat er das Vertrauen der meisten politischen Parteien gründlich verwirrt.

Ein weiteres Argument, das von der rechten Seite noch für das Verbleiben des Reichskanzlers ins Feld geführt wird, nämlich, daß sein Abgang auf das Ausland schloß wirken würde, findet seine gründliche Widerlegung in einem Artikel Theodor Wolffs im „Berliner Tageblatt“. Dort heißt es:

Herr Dr. Michaelis... soll durchaus Reichskanzler bleiben, weil er nun einmal in seinem Amte für diesen noch nicht ganz bedeutungslosen Posten anserwählt wurde, und weil dem Reichstag, der Vertretung der sieben Millionen, sein Zugeständnis gemacht werden darf. Ja, wie stellt man sich denn die Wirkung eines solchen Beschlusses auf die auswärtige Politik des Reiches vor? Der Reichskanzler vertritt nach außen hin das Reich, er muß, um es mit einigem Erfolge zu vertreten, Autorität besitzen, und Herr Dr. Michaelis, den, milde gerechnet, dreihundertzwanzig von dreihundertsechshundert Mitgliedern des Reichstags öffentlich — und die anderen im stillen — als nicht zur Ausübung eines solchen Amtes befähigt bezeichnen, behält doch wohl schwerlich diese Autorität. Wo er auch anknüpft und wohin er auch seine staatsmännischen Bemühungen richten will — er trägt das Attribut der Deihundertundzwanzig mit sich herum. Und indem man, gegen den Reichskanzler, diesen Kanzler weiter wirken läßt, gibt man in weidmütiger Schärfe der Welt draußen noch einmal kund, daß die deutsche Volksvertretung und das deutsche Volk machtlos sind, ihr Geschick nicht mitbestimmen können, und daß allein das System des absoluten Willens in Deutschland regiert. Ein Feind für Wilson, für Lloyd George, für alle Deutschfeinde in der Welt!

Im weiteren weist der Verfasser nach, daß die Haltung, die von der Rechten der Krone angetragen wird, nur dann einen Sinn hat, wenn man den Reichstag fortschicken, eine Diktatur aufrichten will.

### Angriffe gegen das Sowjetprogramm.

Stockholm, 25. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Stockholm, „Socialdemokraten“ greift heftig das Sowjetprogramm an, dessen Begründung durch das „Wiener Abendblatt“ das Resultat der jüngsten Verhandlungen Czernins mit Kühnmann gewesen sei. Es sei ausgeschlossen, daß das Sowjetprogramm, welches die Zimmerwälder bis zur Ablehnung der Erbschaft Deutschlands für Belgien treibe, und das durch die feierlich verkündete Polenfreiheit einen tiefen Strich mache, im Westen viel Zustimmung finden werde. Wenn Wien seine Annahme in Paris erhoffe, so stehe dahinter eine neue, diesmal geschicktere Sonderfriedensaktion. Es sei augenfällig, daß viel wahrscheinlicher als der baldige allgemeine Frieden, der Zerfall des bolschewistischen Rußlands sei, welches sich von der Entente losprengt, oder die gegenrevolutionäre Militär-diktatur, welche sich den imperialistischen Kreisen des Westens anschließen werde. Der Artikel, welcher die bekannte, der Gesamtentente des Staates entsprechende Abneigung gegen einen nicht auf den Ententesieg aufgebauten Frieden und gegen die internationalistische Orientierung der russischen Demokratie zeigt, wird übrigens in seinem Ausfall hinsichtlich der Polenfrage durch die Festhaltung hinsichtlich, daß der Originaltext des Sowjetprogramms von „Selbstbestimmung“ und nicht von „Autonomie Polens“ spricht.

Zwischen ist die praktische Bedeutung des Sowjetprogramms durch die gestern mitgeteilte Petersburger Erklärung herabgedrückt worden. Die russische Regierung hat der künftigen Gegenkritik der kriegstreiberischen Parteien nachgegeben und öffentlich bekundet, daß von einer Verpflichtung Stobeleffs auf das Sowjetprogramm nicht die Rede sein könne. Die Delegation für den Pariser Kongreß sei Delegation der russischen Regierung und werde von dieser orientiert. Es fragt sich allerdings, ob Kerenski riskieren kann und will, über die Sowjetforderungen hinwegzugehen, als ob sie nicht vorhanden wären. Das wird sich in Paris zeigen. Daß der englische Einfluß in Petersburg gegen das Sowjetprogramm arbeitet, geht aus Äußerungen der „Zwestija“ hervor, die an einen Versuch des englischen Botschafters Buchanan bei Kerenski anknüpfen. Die „Zwestija“ glaubt, daß dabei außer über innerpolitische Fragen über die Stobeleff erteilten Anweisungen verhandelt wurde. Derselben Blatt zufolge wird die Erklärung, die Terestichenko im Sowparlament abgeben wird, in erster Linie auf eine Kritik der Anweisungen hinauslaufen. Der Minister der Auswärtigen wird, um den schlechten Eindruck, den die Anweisungen gemacht haben, zu verwischen, eine sehr deutliche und bindige Erklärung abgeben. Terestichenko erachte im Augenblick jede Friedensneigung als den russischen Interessen abträglich. Er wird erklären, daß jede Niederlage der russischen Armeen den Frieden verzögere und daß die Interessen der inneren und auswärtigen Politik Rußlands vor allem eine kriegstüchtige Flotte und Armee erfordern. Daraus ist zu ersehen, daß kräftig gearbeitet wird, die russische Delegation für Paris auf den Kriegswillen festzulegen und damit alles übrige zu lähmen.

Rotterdam, 25. Oktober. „Daily News“ meldet aus Petersburg vom Dienstag: Der allrussische Kongreß der Sowjets stößt auf immer härteren Widerstand. Von Anfang an haben die Vauerer sich mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt der Verfassunggebenden Versammlung geweigert, sich an dem Kongreß zu beteiligen. Die Soldatenvertreter, deren Macht täglich zunehmen scheint, haben sich gegen den Kongreß erklärt. Selbst wenn der Kongreß zustandekommen sollte, ist es sehr zweifelhaft, ob die Bolschewiki den Sieg, den sie erhoffen, davontragen werden. Es wird viel über die Gründung einer neuen gemäßigten Partei gesprochen, die sich russisch-sozialistische Arbeiterpartei nennen will.

### Die russischen Emigranten und die Gegenrevolution.

Stockholm, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Kewaja Schijn“, das Organ Bolschis, legt seine Kritik der russischen Auslands-politik fort. Das Blatt weist auf die reaktionäre Emigration hin, welche im Ausland, speziell in Skandinavien, förmliche Kolonien gebildet hat. Für diese teils dem Grundadel, teils der zaristischen Bürokratie angehörenden Auswanderer bestehen die gewöhnlichen Reiseerleichterungen nicht; teilweise reisen sie mit einem Diplomatenpaß; auch empfangen sie, während der Zahlungs-

verfehr aus Rußland fast aufgehoben ist, von dort große Beträge. Das Blatt kennzeichnet die reaktionäre Wählbarkeit dieser privilegierten Emigranten.

### Carson gegen Frieden.

London, 24. Oktober. (Neuermeldung.) Sir Edward Carson hat in Portsmouth in einer Rede gesagt:

Der Krieg ist in ein Stadium eingetreten, das niemand ohne ernste Sorge daran denken kann. Unsere Truppen sind denen des Feindes überlegen, und wir können uns im Ausdauerungs-vermögen überlegen erweisen. Im Gegensatz zu allem Friedens-gerede im Reichstage und allen deutschen Friedensnoten haben wir bis jetzt niemals ein Friedensangebot erhalten. Ich weise darauf hin, weil es ein Verbrechen wäre, den Krieg länger dauern zu lassen als bis zu dem Augenblick, wo wir im Interesse von Land und Volk einen dauerhaften Frieden schließen könnten. Die Deutschen müssen wissen, daß wir keinen Frieden ohne Mitwirkung und Zustimmung unserer Dominionen schließen können. Wir werden zweitens keine Friedensverhandlungen hinter dem Rücken unserer Verbündeten führen, sondern unser Abkommen mit ihnen buchstäblich ausführen; wir werden Rußland fest nicht im Stich lassen, wo die Stunde der Freiheit für sein Volk anbricht. Wir werden drittens keinen Frieden schließen, der die Sicherheit eines künftigen Krieges mit sich bringt. Der deutsche Kanzler hat gesagt, daß es kein Völkerrecht gibt. Wir müssen uns beim Friedensschlusse dieser Erklärung erinnern. Carson sagte ferner, daß ein Volk, das gehandelt habe wie das deutsche, zu dem Bunde der Nationen nicht zugelassen werden könnte, so daß es keinen wirklichen Frieden geben könnte, solange Deutschland in dem Besitz des eroberten Gebietes bleibe und solange das Prestigium nicht vernichtet sei. Ein Sieg Deutschlands würde die Niederlage aller Nationen bedeuten. Nur der Sieg könne den Frieden bringen, und nur das Ausdauern des Volkes könne dazu führen.

Das Wichtigste an dieser Rede gegen den Frieden scheint das Wort zu sein, das an den östlichen Alliierten gerichtet ist. In letzter Zeit pflegten die Entente-Staatsmänner zu sagen, daß auf Rußland nicht mehr zu rechnen sei. Jetzt schlägt der Imperialist wieder eine andere Tonart an, die sich bemüht, das Gegenteil von Gleichgültigkeit zu treffen. Die Pariser Konferenz steht vor der Tür, die Friedensbereitschaft des russischen Volkes ist ein Dränger, der unbequem werden könnte und so wird jetzt ein Wort gemengt, das recht wie Liebeswerben klingt. Fragt sich nur, ob dem Kredit Englands bei Rußlands, der nach vielen Anzeichen durchaus nicht mehr die frühere Höhe hat, mit schönen Worten abgeholfen werden kann. In Rußland dürfte man zur Antwort daran erinnern, daß die englische Flotte nichts tat, um die deutsche Aktion gegen die Ostseeinseln zu hindern.

### Der Angriff am oberen Isonzo.

Wien, 25. Oktober. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Angriff unserer und der verbündeten deutschen Kräfte ist im besten Fortschreiten und hat schon großen Raum-gewinn erzielt. Die Zahl der Gefangenen und die Beute an Kriegsmaterial wächst zusehends.

Wien, 25. Oktober. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Italienischer Kriegsschauplatz. In mächtigem unwiderstehlichem Angriff gegen die italienischen Linien wurde gestern um 7 Uhr morgens die zwölfte der Isonzokämpfe eingeleitet. Der Angriff stieß auf einen nachsichtigen Gegner, dem eilig weichen worden war, unter keinen Umständen auch nur einen Schritt breit von den so blutig erkaufenen Positionen zurückzuweichen. So entzündete ein erbitterter Nahkampf, der an manchen Stellen über vier Stunden währte. Um die Mittagsstunde war die Front der zweiten italienischen Armee an zahlreichen Stellen zwischen dem schon nahe der kärntnerischen, kärntnerischen Landesgrenze gelegenen Rombo und dem 10 Kilometer südöstlich von Tolmeina befindlichen Ort Auzza durchbrochen. Regimenter aus den öster-reichischen Alpenländern waren es, die die feindliche Stellung am Rombo und im Flitscher Becken im Sturm in Besitz nahmen und auf dem rechten Isonzo-Ufer weiter nach Süd-westen vordringen. Weiter im Süden mußte der Feind seine Schützengräben vor dem Ansturm der Deutschen räumen. Vom Gebirge nordwestlich des Arn drang ein mächtiger Vorstoß von etwa 3000 Mann. Ein scharfer Kampf entbrannte um die beherrschenden Höhen westlich und südwestlich des Tolmeiner Isonzo-Knies, doch gelang es auch hier den unsrigen, unbrüchliche Sieger zu bleiben. Die bolschewischen Höhen sind in unserem Besitz. Bei Auzza verloren die Italiener gleichfalls die das Tal beherrschenden Höhen. — Die Kämpfe an der von hier aus gegen Süden verlaufenden Hochfläche von Vainizza-Heiligengeist sind noch nicht zum Stillstand gekommen. In diesem Gebiete, wo große Mengen des besten italienischen Geschütz-materials aufgeföhren sind und der Schießstand jedes Kämpfers in Hinsicht auf die ununterbrochenen Kämpfe technisch vollständig ausgebaut ist, war die Rolle der Artillerie sehr erschwert, um so mehr, als Gewehre und Geschütze des Italiener mit verzweifelter Hestigkeit arbeiteten. Dennoch gelang es uns auch hier, Grabenstücke zu erobern, Gefangene einzubringen und Beute zu machen. Die Kämpfe sind aber auch hier in günstigem Fortschreiten begriffen. — In langen Kolonnen werden gefangene Italiener längs der ganzen Front zu den Kommandos eskortiert. Ihre Zahl dürfte 10 000 übersteigen. Auch Stäbe von Truppeneinheiten und Infanteriebrigaden befinden sich unter den eingetragenen Gefangenen. Die Sichtung der großen Beute, in der besonders schweres Geschützmaterial in großer Zahl hervortritt, kann erst später erfolgen.

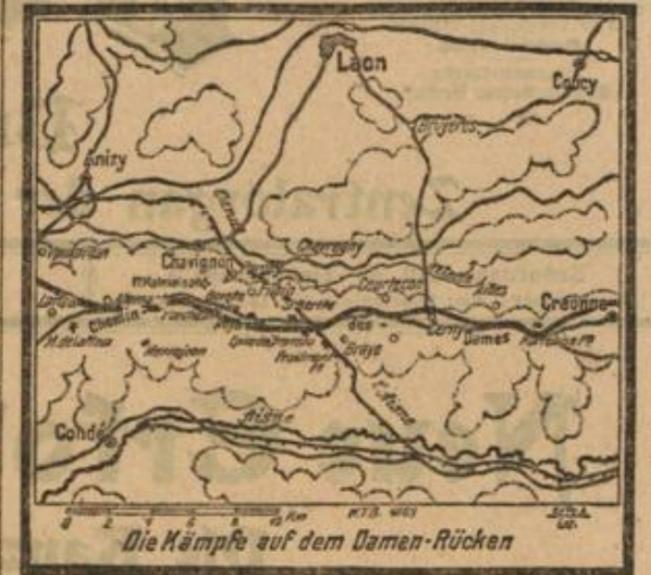
Wien, 25. Oktober. Aus dem Kriegspressequartier wird am 25. abends gemeldet: Am oberen Isonzo sind die Verbündeten im erfolgreichen Vordringen. Die Gefangenenzahl und Beute wachsen.

Die italienische Heeresleitung hält zunächst mit einem genaueren Bericht über den Verlauf des Angriffs zurück. Ihr Bericht vom 24. Oktober sagt nur: Der Gegner hat unter starker Heranziehung von Truppen und mit Hilfe der Deutschen zum Zwecke einer Offensive die Zusammenziehung erheblicher Streitkräfte vor unserer Front bewerkstelligt. Der Stoß des Feindes fand uns nach und wohl vorbereitet. In der letzten Nacht bezweckte eine Verstärkung des Feuers an mehreren Stellen der Julischen Front und heftiges Geschützfeuer mit weitgehender Verwendung besonderer Gasgeschosse zwischen dem Rombo und der nördlichen Gegend der Hochfläche von Vainizza den Beginn des erwarteten Angriffs, aber gegen 1 Uhr nachts nahm das feindliche Feuer infolge schlechten Wetters an Stärke ab, und die heftigen Feuerwellen, mit denen unsere Batterien geantwortet hatten, wurden gleichfalls ruhiger.

### Die Lage an der Aisnefront.

Französischer Heeresbericht vom 24. Oktober nachmittags. Die Nacht war an der ganzen Angriffsfront nördlich der Aisne ruhig. Der Feind versuchte keinen Infanteriegegenangriff und beschränkte sich darauf, unsere neuen Linien, besonders in der Gegend

von Maubesson zu beschießen. Unsere Truppen richteten sich auf dem eroberten Gelände ein. Die Zahl der bisher gezählten Gefangenen erhöht sich auf 8000, darunter 100 Offiziere, die acht verschiedenen Divisionen, darunter zwei Garde-Divisionen, angehören. Der Stab von drei Regimentern, einschließlich der drei Obersten, befindet sich unter den Gefangenen. Es bestätigt sich, daß zwei feindliche als Referenten hinter der Front aufgestellte Divisionen in den Kämpfen des 23. eingesetzt und sehr stark mitgenommen worden sind. Westlich und östlich von Cerzy war der Artilleriekampf im Laufe der Nacht ziemlich lebhaft. Unsere Artillerie drangen an mehreren Punkten in die deutschen Gräben und brachten Gefangene und zwei Maschinengewehre zurück.



Vom 24. Oktober abends. Nördlich der Aisne zeigte sich die deutsche Artillerie besonders tätig im Abschnitt von La Motte, Les Bohettes und in der Gegend des Forts Ralmation auf unserer neuen Front, die vom Essenberg, den wir vollständig im Besitz haben, bis nach Chabignon reicht. Der Feind versuchte keine Infanterieunternehmung. Von uns in der Gegend von Chabignon und Vaudisson ausgesandte Patrouillen brachten eine große Anzahl Gefangener zurück. Es bestätigt sich, daß die Sturmwagen (Chars d'Assaut) beim gestrigen Angriff eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Zahl der seit gestern gemachten Gefangenen übersteigt jetzt 8000. Unter dem in unseren Händen gelassenen Kriegsmaterial, das nicht vor mehreren Tagen festgestellt werden kann, kann man bis jetzt 70 Kanonen, an 80 Minenwerfer und 80 Maschinengewehre zählen.

Englischer Heeresbericht vom 24. Oktober morgens. Gestern abend griff der Feind wieder unsere Stellungen beim Houthouster Walde an. Der Angriff richtete sich gegen die Verbindungslinie der englischen und französischen Armeen und wurde völlig zurückgeschlagen. Seit unserem Angriff am Morgen des 22. 10. hat der Feind nunmehr sieben Angriffe gegen unsere neue Linie gerichtet, ohne nennenswerten Erfolg an irgendeiner Stelle zu erringen. Ein erfolgreiches Unternehmen wurde gestern nacht südöstlich Gabelle durch Gloucester Truppen ausgeführt. Eine Anzahl Feinde wurde getötet und einige seiner Unterstände wurden gesprengt; einige Gefangene und Maschinengewehre wurden von uns eingebracht.

Abends. Wir machten während der Nacht bei Patrouillengefahrten südwestlich von Habrincourt einige Gefangene. An der Schlachtfeldfront war die feindliche Artillerie heute nachmittags gegen unsere Stellungen am Houthouster Walde tätig. Unsere Artillerie beschloß die feindlichen Batterien und richtete Zerstörungsgewehre auf verschiedene Stellen. Für die Flieger war das gestrige stürmische Wetter ungünstig.

### Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 24. Oktober. An der englischen Westküste und in der Nordsee wurden durch eine unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Georg, neuerdings 6 Dampfer und ein Segler mit rund

26 000 Br.-Reg.-T.

versenkt. Darunter befanden sich der bewaffnete englische Dampfer Richard de Larinaga (4000 Br.-Reg.-T.) sowie vier bewaffnete englische Dampfer, deren Namen nicht festgestellt werden konnten. Der versenkte Segler hatte Kohle geladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der englische Admiral Jellicoe nennt die Septemberjahren des U-Boot-Krieges „sehr günstig“ und fügt hinzu, die von Oktober seien „nicht so günstig“. Aber es liege in der Natur der Sache, daß sie heraus- und herabgehen. England habe jedoch allen Grund zu der Hoffnung, daß sie binnen kurzem noch besser sein würden als im September. Es sei kein Grund zu Besorgnissen wegen des U-Boot-Krieges, vorausgesetzt, daß die strengste Wirtschaftlichkeit herrsche.

### Die Lage der russischen Ostseeflotte.

Räumung von Helingsfors?

Petersburg, 25. Oktober. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Sie sind ermächtigt, entschieden den Artikel des Stockholm „Festungsblatt“ für unrichtig zu erklären, der von „Politiken“ und „Berlingske Tidende“ in Kopenhagen abgedruckt und auch in der „Chicago Tribune“ veröffentlicht wurde, wonach angeblich die gesamte russische Ostseeflotte die Absicht haben sollte, sich in schwedischen Häfen internieren zu lassen.

Daß es in Rußland an Unruhe über die Ostseeflotte nicht fehlt, läßt sich daraus erkennen, daß folgende beschuldigende, in Schönfärberei abgefaßte Mitteilung der Petersburger Telegraphen-Agentur für nötig gehalten wird:

Helingsfors, 22. Oktober. Nach Meldungen aus sehr zuverlässiger Quelle ist die Lage in der Ostsee für uns günstig. In den letzten zwei Tagen ist es nicht zu Kämpfen gekommen. Unsere Flotte befindet sich in vollkommener Bereitschaft und schließt langsam den Eingang zum Finnischen Meerbusen. Das Leben in Helingsfors ist das gewöhnliche und wird durch die Ankunft von Schiffbesatzungen, die an den letzten Kämpfen teilnahmen, belebt. Sie sollen einstimmig dem Admiral Rozhanski Lob, der es verstanden hat, die Schiffe unverändert an dem Standort unter besonders schwierigen Umständen zurückzuführen. Man hält die Stadt von See her nicht für bedroht. Es sind keine Maßnahmen zur Räumung getroffen worden. Man hat nur den Familien der Beamten geraten, die Stadt wegen Lebensmittelmangels zu verlassen. Von dieser zurückgekommenen Artilleristen stellen die glänzende Haltung der Küstenbatterien der Marine fest, die solange, wie es möglich war, schossen.

## Stadtverordnetenversammlung.

Vorsteher Mischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.  
 Mit dem Vorentwurf zum Neubau der Ost- und Gemüsegroßmarkthalle an der Benjaminsstraße unter der Einschränkung, daß zunächst statt 6 nur 5 Hallenabschnitte in jeder der beiden Hallen ausgeführt werden, hat sich der Sonderausschuß einverstanden erklärt; ebenso empfiehlt er, der Anfertigung des speziellen Entwurfs durch die Preisrichter, Architekten Jansen und Körte, zuzustimmen. Die Kosten der Bauausführung werden sich überschläglichs von 20,8 auf 18,4 Millionen Mark ermäßigen.  
 Ohne Debatte beschließt die Versammlung nach den Ausschlußanträgen.

Die Wahl eines Bürgerdeputierten in die Deputation für Arbeitsnachweis hat bereits zweimal vertagt werden müssen, da man sich in der Personfrage nicht einigen konnte. Um über diese Schwierigkeit hinwegzukommen, gelangt heute ein Antrag aller Fraktionen zur Annahme, die Zahl der Bürgerdeputierten um 2, je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu erhöhen. Hierüber ist zunächst die Beschlußfassung des Magistrats abzuwarten.

**Erhöhung der Preise für die städtische Volkspeisung.**  
 Zur Kenntnisnahme legt der Magistrat eine Darstellung der Gründe vor, die ihn veranlassen, vom 5. November ab die Preise für die städtische Volkspeisung von 40 und 20 Pf. auf 50 und 25 Pf. für die ganze bzw. halbe Portion zu erhöhen. Er nimmt Bezug auf die seit Jahresfrist eingetretene Steigerung der Preise für Kartoffeln, Gemüse, Fleisch und Gewürze und hebt hervor, daß die Maßregel von allem Anfang an nicht als ein Akt der Wohltätigkeit gedacht sei, sondern daß die Speisenaufgabe an die Bevölkerung zum Selbstkostenpreis erfolgen sollte. Gleichzeitig sucht der Magistrat um Nachbewilligung von 468.000 M. nach, um welche Summe die im Juli 1916 für die Kosten der Einrichtung der Volkspeisung bewilligten 2 Millionen Mark überschritten werden müßten.

Stadtv. Dinger (Unabh. Soz.) empfiehlt den vor 14 Tagen zurückgestellten Antrag Barthelmann und Genossen, den Magistrat zu ersuchen, die Preise nicht zu erhöhen. Angesichts der außerordentlich gesteigerten Notlage der armen und ärmsten Bevölkerung wage es der Magistrat, mit einer Steigerung von 25 Proz. zu kommen! Die seiner Berechnung zugrunde gelegten Augustpreise dürften als abnorm hohe nicht maßgebend sein. Ohne die Nebenkosten stellte sich der Preis auch jetzt nur auf 38 bis 40 Pf. Diese Nebenkosten müßten auf die Kriegswohlfahrtspflege übernommen werden. Nur durch einen wirklichen Massenaubruch werde es gelingen, die Nebenkosten herabzudrücken. In der Hauptsache aber seien jetzt nur noch die Kriegervfamilien Kostgänger der Massenpeisung, und diesen könne die Stadt angesichts der geringen Höhe der Beihilfen doch nicht noch mehr als bisher abfordern. Noch jüngst habe der Reichstag eine Senkung der Preise der Lebensmittel namentlich den Gemeinden nahegelegt. Eine Reihe von Vororten warle auf die Entscheidung, die Berlin treffen werde; auch diesen Umständen möge der Magistrat und die Versammlung bedenken. Nebenher ist mit seinen Freunden der Auffassung, daß der Magistrat die Erhöhung einseitig nicht beschließen kann, sondern an die Zustimmung der Versammlung gebunden ist.

Stadtrat Doffein: Der Magistrat hält sich zur alleinigen Preisfestsetzung für berechtigt; die Feststellung des Selbstkostenpreises ist eine reine Verwaltungsmaßregel. In die Selbstkosten sind Verzinsung und Tilgung des bedeutenden Anlagekapitals ebenfalls nicht einbezogen. Im Laufe des Winters wird der Beschaffungspreis für das Material nicht unter 40 Pf. sinken. Die Beteiligung an der Volkspeisung ist ein Barometer für die Lebensmittelpreise auf den offenen Markt, im Juli hatten wir 178.000, im August nur 85.000 Teilnehmer; diese Zahl hat sich zurzeit auf 100.000 erhöht. Die Qualität jedem Geschmack anzupassen, ist unmöglich. Bis Ende August sind nicht weniger als 33 Millionen Portionen verteilt worden. Monatslang hat der Magistrat mit der Preissteigerung geögert; länger ging es nicht an.

Stadtv. Ritter (Soz.): Auch ich bedaure, daß uns die Vorlage nicht zur Beschlußfassung vorgelegt ist. Am vorigen Jahre haben wir den Fehler gemacht, uns mit dem Verrat zu begnügen, anstatt eine gemischte Deputation einzusetzen. Im Verrat habe ich allerdings für die Erhöhung gestimmt, da für mich die vorläufige Vorlage und Beschlußfassung maßgebend war. Unsere Fraktion hat sich inzwischen einstimmig dafür entschieden, daß wir es hier mit einer Preisermäßigung zu tun haben, die noch dazu der Initiative der Reichsregierung entspringt, und wir werden für den Antrag Barthelmann stimmen. Jede des Reichs wäre es, den Ausfall der Stadt zu bedenken. Hinweisen muß ich hier auf die bevorstehende weitere Erhöhung des Brotpreises, eine sehr bedenkliche Maßnahme, die nur bedrohen erfolgt, weil es der Reichsgetreidekasse gefallen hat, den Getreidepreis zu erhöhen, um den Landwirten den Anreiz zur Verfeinerung des Getreides zu bettingern. Ueber die in der Massenpeisung tätigen Ehren Damen sind uns zahlreiche Klagen zu Ohren gekommen. (Anruhe.) Beanstandet wird auch, daß zum Teil von den Fleisch- und Kartoffelmarken abgeschnitten wird und daß die Suppenkommanden, die kein Essen erhalten, auch ihre Karten nicht zurückbekommen.

Stadtv. Unger (Linke) stellt sich auf den Standpunkt des Stadtrats. Die Erhöhung der Kriegervfamilienbeihilfen sei größer als die Steigerung des Portionspreises, die monatlich nur 3 M. betrage.

Stadtrat Doffein tritt dem Stadtv. Ritter bezüglich des Tabes gegen die Ehren Damen entgegen. Auch über die Anrechnung der Kartenabschnitte könne begründete Beschwerden absolut nicht erhoben werden.

Stadtv. Thieme stimmt für die freie Fraktion der Erhöhung zu und behauptet nur, daß sie so spät erfolgt. Nicht sowohl die Arbeiter, als die Angehörigen des Mittelstandes bildeten das Gros der Teilnehmer an der Massenpeisung.

Stadtv. Ritter stellt fest, daß er nicht die Gesamtheit der Ehren Damen gemeint habe, und beruft sich auf den Wortlaut seiner Ausführungen. Nicht der Mittelstand, sondern die Proletarier im Stechragen beteiligten sich an der Massenpeisung.

Stadtv. Dinger: Zwischen dem Reichstag und der bürgerlichen Mehrheit laßt ein krasser Gegensatz; jener will die Preise senken, Sie wollen sie erhöhen. (Große Anruhe.) Die Mittelständler des Herrn Thieme seien nicht in der Volkspeisung, sondern in den abrahamischen Mittelstandsläden zu finden.

Der Antrag, die ganze Galerie einem Auschuß zu überweisen, wird abgelehnt, ebenso der Antrag Barthelmann. Die Nachbewilligung der 468.000 M wird beschloffen.

Der Magistrat bringt seine Absicht, die Gemeinde- schulc 34, Lange Str. 76, und 35, Bernauer Str. 89/90, allmählich aufzulösen, der Versammlung zur Kenntnis.

Stadtv. Leid (Unabh. Soz.) erhebt prinzipiellen Widerspruch gegen die Auflösung. Es fehle auch an einer Freconenzübericht. Ein Verabgeben der Freconenz könne an sich jedem Schulsystem nur nützlich sein. Nicht pädagogische, sondern fiskalische Rücksichten seien hier leider maßgebend, sondern fiskalische Rücksichten seien hier leider maßgebend. Wie lange würden noch städtische Schulen als Lazarette benutzt werden? Auch dadurch sei der Schulbetrieb gefährdet worden, daß man die Kinder geradezu gepreßt habe, Kriegskanäle zu zeichnen. (Anruhe; der Vorsteher ersucht den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Auch die Absicht, einen späteren Beginn des Unterrichts einzuführen, müsse beanrathigen.

Stadtschulrat Dr. Kistner: Die Einziehung von Schulen erfolgt lediglich aus pädagogischen Gründen. Wir bedauern sehr,

sehr, daß es noch nicht gelungen ist, das Militär aus allen Schulen wieder zu entfernen. Die Anruhe im Schulbetrieb konnte ausschließlich auf das Kriegskonto.

Den Beschlüssen der Versammlung zu der neuen Regelung der Leuzerungszulagen ist der Magistrat beigetreten. Stadtv. Brückner (Soz.) ersucht, die erhöhte Zulage baldmöglichst anzumweisen und damit nicht etwa bis nach Weihnachten zu warten.

Zur Fortsetzung des Betriebes der Kriegsbeschädigtenfürsorge wird ein weiterer Vorchuß von 200.000 M. erbeten.

## 10 Gebote für Feldpost-Abonnenten!

### 1. Gebot:

**Wenn Du früher den Vorwärts oder ein anderes sozialdemokratisches Blatt gelesen hast, dann lies es auch jetzt. Denke nicht: Du bist jetzt Soldat und könntest irgendwelche Nachteile haben. Das Lesen sozialdemokratischer Zeitungen wurde den Heeresangehörigen durch kriegsministeriellen Erlaß ausdrücklich gestattet.**

### Bestellschein für Abonnenten!

Hiermit bestellen wir den „Vorwärts“, Berliner Volksblatt, als Feldpostsendung. Das Bestellgeld von M. 1,30 pro Exemplar und Monat folgt per Postanweisung.

Truppenteil bezw. Adresse:

Stadtv. Dr. Wehl (Unabh. Soz.): Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ist die vornehmste Pflicht des Reichs und des Staates. Wir müssen aber in steigendem Maße erleben, daß das Reich knauseri, daß seine Zusicherung immer unbestimmter werden, daß man allgemach alles auf die Kommunen oder gar, wie die Intendantur des 3. Armeekorps, auf die Armenpflege abwälzen möchte. Hier sollte der Magistrat mit den Vertretern des Oberrichtsstaates Präzise reden.

Stadtv. Brückner: Die Versammlung ist einig darin, daß das Reich der Stadt die Aufwendungen für die Kriegsbeschädigten ersetzen müsse. Gegen ihre Verweisung auf die Armenpflege kämmt sich unser ganzes Gefühl auf. Reich und Staat haben an erster Stelle für diese Aufwendungen aufzukommen.

Stadtrat Dr. Preuß: Selbstverständlich ist das bisher vom Reich Bevolligte unzulänglich; es wird aber schon demnächst eine weitere Bewilligung erfolgen. Auch die großen öffentlichen Versicherungsorganisationen sind zu verstärkter Weisheit bereit. Von Anträgen der Militärbehörden, diese Verpflichtung auf die Armenpflege abzugeben, ist mir nichts bekannt.

Der Vorchuß wird bewilligt.  
 Den Vertrag mit der „Normalzeit G. m. b. H.“ wegen Betriebes und Instandhaltung der städtischen Uhren genehmigt die Versammlung ohne Debatte.

Ein Antrag Barthelmann und Genossen (Unabh. Soz.) geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, zum Schutze der durch die Verteuerung des Eisenbahnverkehrs schwer bedrohten Interessen der Berliner Bevölkerung die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Stadtv. Dr. Rosenfeld weist auf den allgemeinen entrüsteten Protest hin, den diese unglaubliche Maßregel in der Bevölkerung hervorgerufen habe, und hält den Zeitpunkt für eine Aktion des Magistrats für noch nicht verpätet. Die enorme Verteuerung des Schnellverkehrs zeuge von einem bürokratischen und platonischen Auge ohne alle. Das gewählte Zuschlagssystem tröbe von Ungerechtigkeiten, es involviere Verteuerungen bis zu 200 Proz.! Daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handle, diese Behauptung finde wenig Glauben; Hauptgrund seien wohl die höheren Einnahmen. Andererseits fründe sich dieselbe Verteuerung, die Löhne auch nur um 10 Proz. zu erhöhen!

Stadtv. Dove (Linke) lehnt den Antrag ab. Es handle sich um eine allgemeine Kriegsmaßnahme, die freilich den Handel und Verkehr besonders treffe. Aber die Transportschwierigkeiten, die zumal die Großstädte aufs schmerzliche benachteiligen, erforderten die einschneidendsten Schritte. Anderweitige Abhilfemittel seien als unwirksam erkannt. Die arme Bevölkerung sahne doch nicht mit Schnellsägen. Der Reiseverkehr sei in letzter Zeit, auch durch die Samstages, um 40 Proz. gestiegen. Der Magistrat sei nicht die zuständige Instanz für die Prüfung der Mittel zur Remedur.

Stadtv. Wasmann (Fr. Fr.) ist gleicher Meinung. Ob die horrible Verteuerung zum Ziele führe, werde sich freilich erst zu zeigen haben.

Stadtv. Brücklich (Soz.): Auch wir sind durchaus von der Verfehrtheit der Maßregel überzeugt. Ob der Magistrat durch eine Vorstellung etwas erreichen kann, ist uns nicht zweifelhaft; jedenfalls wünschen wir, daß er recht energische Worte gebraucht. Der passendere Ort dafür scheint aber auch uns der Landtag.

Stadtv. Dr. Rosenfeld tritt den Kompetenzenbedenken der Vorredner entgegen. Unzweifelbar sei, wie Stadtv. Dove den platonischen Charakter der Maßnahme leugnen könne.

Stadtv. Brücklich stellt gegenüber lautgewordenen Zweifeln fest, daß er mit seinen Freunden dem Antrag zustimmen wird. Der Antrag wird abgelehnt.

Die Erziehungsanstalt „Am Urban“ in Zehlendorf, Eigentum des Vereins zur Erziehung sittlich verwaelter Kinder, soll der Stadt Berlin vertraglich bis Ende März 1920 zur Unterbringung von Fürsorgezöglingen überlassen werden.

Die Versammlung stimmt zu.  
 Schluß 10 Uhr.

## Groß-Berlin

### Die Verteuerung des Volkskücheneffens.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es gestern zu einer Aussprache über die Volkspeisung. Zusammen mit der Vorlage über die vom Magistrat beschlossene Erhöhung des Portionenpreises wurde der von der Gruppe der „Unabhängigen“ eingebrachte Antrag verhandelt, der sich gegen diese Verteuerungsmäßregel richtete. Der Antrag, den Hinghe begründete, wurde von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützt, fand aber bei den Freisinnigen scharfen Widerspruch. Genosse Ritter, der namens der sozialdemokratischen Fraktion sich gegen die Erhöhung des Portionenpreises erklärte, brachte gleichzeitig Klagen über die Volksküchen und über das von ihnen gelieferte Essen vor. Stadtrat Doffein erwiderte, im ganzen könne man mit der Volkspeisung zufrieden sein. Daß diejenigen, die sie nicht in Anspruch zu nehmen brauchen, es sein werden, glauben wir gern. Die Freisinnigen lehnten den Antrag gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Gruppen ab, nahmen die Vorlage über die Verteuerung des Volkskücheneffens zur Kenntnis und erklärten sich für befriedigt. Die Bevölkerung wird gegenüber dieser Haltung ein ganz anderes Gefühl als das der Befriedigung haben.

### Erhebliche Verteuerung der Eier.

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft teilt mit, daß sie sich genötigt sieht, den Preis für Auslandsener neuerdings erheblich zu erhöhen. Ueberall im Auslande ist infolge der zunehmenden Lebensmittelpreise die Nachfrage stetig härter geworden und die Preise sind infolgedessen in den Herkunftsländern fortwährend gestiegen. Hinzu kommt, daß in den letzten Monaten der Stand der deutschen Währung im Auslande weiter erheblich gesunken ist, während beispielsweise am 1. Juli die dänische Krone noch mit 1,60 M., der holländische Gulden mit 2,75 M. notierte, muß die Zentral-Einkaufsgesellschaft heute 2,25 M. bezw. 3,10 M. bezahlen.

### Verteilung von Süßstoff.

Auf jeden Abschnitt der Süßstoffkarte G dürfen zwei Schachteln Süßstoff zu je 300 Tafeln (G-Packungen) in dem auf den Abschnitt angegebenen Monat abgegeben werden. Auf den Abschnitt 10 der Süßstoffkarte G kann der Süßstoff (G-Packungen) sofort in den für den Verkauf von Süßstoff zugelassenen Drogergeschäften und Apotheken entnommen werden.

### Ein „Bürgerchutzverband Groß-Berlin“.

Der gegenüber den manchen sehr sonderbaren Anordnungen der unsere Kriegswirtschaft „regelnden“ Behörden nötig sei, wurde am Mitte August in einem Aufruf vorgeschlagen. Der Gedanke einer Vereinigung zur Abwehr von Schädigungen, die der Bevölkerung aus solchen Anordnungen drohen, regte sich besonders unter dem Eindruck der Maßregeln zur Beschränkung des Verbrauchs von Beleuchtung und Heizung. Warum die Gründung bisher nicht erfolgt ist, erfuhr man in einer Versammlung, die der vorbereitende Ausschuß zu Mittwoch einberufen hatte, um über die von ihm unternommenen Schritte zu berichten. Rechtsanwalt Roth-Berlin, der Anreger und Leiter dieser Bewegung, teilte mit, daß nach Erscheinen des Aufrufs der Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg und der Stadtrat Licht-Schöneberg an ihn herangetreten seien, ihm den Plan der Gründung eines die Groß-Berliner Kommunalverwaltungsgemeinschaft anstrebenden „Bürgerausschußes Groß-Berlin“ entwickelt und die Absicht einer Einbeziehung der Ziele des geplanten Bürgerchutzverbandes geäußert hätten. Der dann zustande gekommene Bürgerausschuß habe tatsächlich diese Ziele dem Kreis seiner Aufgaben eingefügt, so daß jetzt am besten auf Gründung des Bürgerchutzverbandes zu verzichten und Beitritt zum Bürgerausschuß zu empfehlen sei. Die nur schwach besuchte Versammlung freit um Roths Antrag lange und lebhaft, wobei von den meisten Rednern geltend gemacht wurde, daß der Bürgerausschuß nicht gegen die wirtschaftliche Schädigung der Bevölkerung tun werde und den Zielen des Bürgerchutzverbandes recht wohl gegenüberstehe, weil er eben doch etwas ganz anderes als dieser wolle. Nach mehrstündiger Erörterung wurde die Beschlußfassung darüber, ob man den Bürgerchutzverband als überflüssig aufgeben könne oder nicht, vertagt.

### Schließung von Mitschers Weinstuben.

Das Kriegswucheramt hat den offenen Handelsgesellschaften Gebr. Cramer und Ludwig Mitscher, Berlin, Französische Str. 18, und deren Inhaber Richard Cramer den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, soweit er in der Abgabe von Speisen und Getränken in Gast- und Schankwirtschaften besteht, unterlagt. Damit ist die Schließung der Mitscherschen Weinstuben in der Französischen Straße verbunden, die spätestens am 30. Oktober zu erfolgen hat. Dem Prokuristen Ernst Köhler, Berlin, Traalener Straße 16, und dem Kassenleiter Hugo Kaufmann, Berlin, Immanuelstraße 16, wurde ebenfalls der Handel und die Abgabe von Speisen und Getränken in Gast- und Schankwirtschaften sowie die Tätigkeit als Angestellter in einem gleichartigen Geschäftsbetriebe verboten. Den Beteiligten wird zur Last gelegt, daß sie für die Weinstuben Lebensmittel, welche der Verbrauchsregelung unterlagen, im Schleichhandel und unter Heberschreitung der Höchstpreise eingekauft und an die Gäste abgegeben haben. Besonders erschwerend ist der Umstand, daß trotz des scharfen Vorgehens des Kriegswucheramtes diese Zuwiderhandlungen bis in die letzte Zeit fortgesetzt wurden, obwohl der Prokurist Köhler bereits wegen Verhöhnung gegen kriegswirtschaftliche Bestimmungen, deren er sich als Geschäftsführer der Mitscherschen Weinstuben schuldig gemacht hatte, zweimal gerichtlich bestraft und deswegen vom Kriegswucheramt verwahrt worden war.

Zwei größere Dachstuhlbrände hatte die Berliner Feuerwehr in der letzten Nacht zu löschen. Einen im Norden in der Wiesenstraße 39 Ecke der Köppler Straße, und den zweiten im Süden an Hohenstaufenplatz. Hier stand der Dachstuhl des Vorderhauses Schönleinstraße 27 in großer Ausdehnung, sehr bedrohlich für die Nachbargrundstücke, in Flammen, und dort brannte der linke Seitenflügel mit Bodenverklagen und ihrem Inhalt an Hausat usw. An beiden Brandstellen mußte die Feuerwehr mit mehreren Schlauchleitungen tüchtig löschen, bevor es gelang, der Brände Herr zu werden. Die beiden Dachstühle müssen erneuert werden. Die Entstehung konnte noch nicht ermittelt werden. Bei beiden Bränden sind Meter hart betroffen, die nicht versichert sind und daher erheblichen Schaden erleiden.



Feindliche Flieger.

Von Th. Thomas.

Fräulein Rosa Mertens ist gerade im Begriff, ins Bett zu steigen. Ihre blendend weißen Zähne liegen bereits im Wasserbad...

Das bekannte Signal, daß feindliche Flieger über der Stadt sind, für die Bürger die Warnung, sich vor den Bomben zu schützen.

Wie vom Schläge gerührt, läßt Fräulein Rosa den Zipfel der Decke wieder fallen, dann hastig nicht gesehen, fährt sie in den Schlafrock...

Auch im zweiten Stock, wo der Handlungsbevollmächtigte Joachim Krause wohnt, hat das Warnungssignal einen im Nachtschub überfallen.

Joachim, der abend vor dem Zubettegehen immer noch „müffelt“, ist gerade dabei, die dritte Verrenkung mit dem Spazierhölzchen vorzunehmen, als ihm das Gummi zum mitten aus den Liebhungen reißt.

Dort steht es bunt genug aus. Viele Bewohner der unteren Stockwerke sind schon da. Alles quersicht sich in drangvoll furchtsamer Eile in den schützenden Winkel.

„Das Licht aus, das Licht aus,“ schreit die Frau aus der vierten Etage, die Flieger können sonst den Schein sehen.

„Stellen Sie sich nicht so dicht an den Kamin, da könnte eine Bombe hineinfallen, stellen Sie sich hierher.“

„Ruhig, Kinder, das ist noch weit weg.“

Da ergibt sich ganz von selbst, daß Rosa Mertens und Joachim Krause nebeneinander zu stehen kommen. Sie haben sich wohl schon oft gesehen und gefprochen, aber dabei ist es auch geblieben.

Bei diesem Höllenlärm rückt die ängstliche Gemeinde immer mehr zusammen. Furcht und Kälte läßt Rosa immer näher bei Joachim Schuy stehen. Sie wird ihm sozusagen an das Herz berangeschlossen.

Die Warnung Regiments ging ihm doch durch den Kopf. Eigentlich hatte sein Mädchen recht. Was schlug er sich mit diesen tollen Brüdern der Freiheit herum?

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts.

21] Von R. Franck.

Die Warnung Regiments ging ihm doch durch den Kopf. Eigentlich hatte sein Mädchen recht. Was schlug er sich mit diesen tollen Brüdern der Freiheit herum?

Während er die Treppe hinaufging, hatte dieser Voratz in ihm gesiegt. Er würde nicht zu den Amizisten gehen und dies Beißer mit dürren Worten sagen.

Er eilte in seine Stube, wo er den bereits ungeduldig wartenden Beißer vertieft in die auf dem Schreibtisch liegenden Bücher antraf.

„So, so, den Justus Röser liest man“, lachte dieser frampfhaft, „hab' das eklehaste Geschreibsel auch gelesen.“

„Das das jetzt, Jakobus, später. Jetzt laß mich einmal wissen, wer dort sein soll.“

„Oha, Beiter, hat man Angst vor Denunziationen? Siehst du ohnehin ganz verblödet aus, fürchtest dich wohl?“

„Ein von Solms hat sich noch nie gesürchtet. Komm, wir gehen!“

Wieder fühlte sich Beißer von dem Wesen des anderen verkleinert — sein ehrliches Herz merkte aber gleich, daß er selber Schuld an der Abfertigung trug.

Wer mit rein antworten muß, der wundere sich nicht über die Folgen dieses Fliegerangriffs. Denn Joachim ist zwar a. v. Heimat, aber sein Herz ist selbstständig geblieben.

Die anderen horchen noch gespannt der Dinge, die draußen vor sich geben. Rosa und Joachim denken nicht mehr an Flieger und Bomben, sie sehen den Himmel weit offen.

Als gegen zwölf Uhr nachts die Gefahr von oben vorüber ist, da war Joachim so gut wie verlobt.

Bei Fliegerangriffen ist zu vermeiden, daß sich die Schutzsuchenden zu nahe beieinander stellen. Die Gefahr vergrößert sich mit der Dichtigkeit der Menschenansammlung.

Moriz August von Thümmel.

Zu seinem 100. Todestage, 26. Oktober.

Am Hofe des Erbprinzen Ernst Friedrich von Sachsen-Koburg führten eines schönen Tages des Jahres 1782 zwei der Hofdamen ein Gespräch über die deutsche Literatur.

„Rosa war die erste Auflage abgesetzt; allein Thümmel ließ sich hierdurch nicht veranlassen, den eingeschlagenen Dichteweg weiterzugehen.“

Zwei Jahrzehnte ließ Thümmel verstreichen, ehe er wieder an die Niederschrift einer Dichtung ging; 1791 begann er, auf Drängen seiner Freunde, die Erfahrungen seiner Reise nach Südfrankreich unter dem Titel „Reise in die mittäglichen Provinzen von Frankreich“ zu veröffentlichen.

Hier hatte der Dichter seinen Zweck, „das Laster durch Weisheit zu hängen“ (den er in einem Briefe angegeben hat), offenbar nicht erreicht.

„Lauter redliche Kerls, Renommisten, nicht ein Benefiziat oder sonst ein Duckmäuser sind da. Und dazu der Professor Widmont, der Heinrich Fellermaier, der Joanetti und Kolland, auch der Nibel mit seinem Anhang.“

„Du kennst ihn nicht — ich auch erst seit kurzer Zeit, eigentlich erst seit neulich Nacht.“

„Michalansky war Solms völlig unbekannt. Und das mißfiel ihm. Wieder stiegen Zweifel in ihm auf.“

„Der Michalansky war noch nie im Orden — hab' ihn auf den Reichmarkt bestellt, muß ihn erst abholen.“

„Aber nun war es einmal verabredet und man konnte kaum mehr zurück. Inzwischen hatte der Regen, der schon den ganzen Abend drohte, eingesetzt.“

„Lauter redliche Kerls, Renommisten, nicht ein Benefiziat oder sonst ein Duckmäuser sind da. Und dazu der Professor Widmont, der Heinrich Fellermaier, der Joanetti und Kolland, auch der Nibel mit seinem Anhang.“

„Wasser allein tut's freilich nicht“.

Die Seife wird bekanntlich hergestellt durch Kochen von Fett oder Del mit Kalium- oder Natriumseife, im ersten Falle erhält man eine harte oder Kernseife, im zweiten eine weiche oder Schmierseife.

Da nun die Monatsmenge bei uns, wo ein sehr harter Seifenverbrauch herrscht, woran man ja die Kulturhöhe eines Volkes erkennen soll, durchaus nicht genügt, so war es selbstverständlich, daß zahlreiche Ersatzmittel auf den Markt gebracht wurden.

„Rosa war die erste Auflage abgesetzt; allein Thümmel ließ sich hierdurch nicht veranlassen, den eingeschlagenen Dichteweg weiterzugehen.“

„Rosa war die erste Auflage abgesetzt; allein Thümmel ließ sich hierdurch nicht veranlassen, den eingeschlagenen Dichteweg weiterzugehen.“

Notizen.

— Kunstabend. Im Chartottenburger Schilleraal findet Sonntag abend ein Anton Dvorak-Abend statt.

— 37. 200-jähriges Bestehen begeht Anfang November die Verlagshandlung von Otto Fendel in Halle.

— Das Ende der hohen Abjage steht bevor. Das Reichsbesetzungsamt gibt eine Bestimmung bekannt, die demnachst der lächerlichen, ungesund und leberberührenden Mode der hohen Abjage der Damen ein Ziel setzen wird.

— Die zensurierte Friedenszeit. Immer seltsamere Blüten treibt die französische Zensur. Neulich erschien in einer Zeitschrift folgender Satz: „In den . . . Zeiten, da wir im Frieden lebten.“

zu sehen, mit so tiefem Bückling empfahl sich der neue Gast seiner Gemogenheit. Und zu Worte konnten man auch nicht in seiner Gegenwart, denn ununterbrochen drehselt er artige Redensarten, in die stets Komplimente eingewickelt waren für Solms, den es besonders verdroß, hier als Freiheitsheld angehimmelt zu werden.

„Er irrt sich, Monsieur,“ schnitt er kurz ab; „nichts liegt mir ferner als Sandfalschismus und Verteidigung der famosen neustränkischen Menschenrechte.“

Dem andern blieb scheinbar das Wort in der Kehle stecken — aber nicht wegen dieser Antwort. Ging doch, in einen schabigen Dienstmantel gehüllt niemand anderer an ihnen vorbei als der Kanzleischreiber Bestl. Und er hatte einen Blick des Alten aufgefangen, der seine ganze Vorsicht wahrte. So viel maßloses Erstaunen, Triumph, Nachsucht und Bosheit gliederte darin wie ein Licht in einer Pfütze.

„So, so, den Justus Röser liest man“, lachte dieser frampfhaft, „hab' das eklehaste Geschreibsel auch gelesen.“

„Das das jetzt, Jakobus, später. Jetzt laß mich einmal wissen, wer dort sein soll.“

„Lauter redliche Kerls, Renommisten, nicht ein Benefiziat oder sonst ein Duckmäuser sind da. Und dazu der Professor Widmont, der Heinrich Fellermaier, der Joanetti und Kolland, auch der Nibel mit seinem Anhang.“



## Die Sabotage der Wahlreform.

Das Spiel der Reaktionäre in der Frage der preussischen Wahlreform wird immer durchsichtiger. Ihre Tricks sind: Verschleppung, Verfohlung und Bemogelung. An dieser Stelle ist gegen die Intrigen der Wahlrechtsfeinde schon mehrfach Alarm geschlagen worden. Die in ihrem dunklen Treiben überraschten Quertreiber sind davon wenig erbaut und suchen jetzt ihr Tun als möglichst harmlos hinzustellen. So erklärt eine offiziöse Korrespondenz bescheiden, daß eine Mehrheit der preussischen Abgeordnetenhauses gemäß der neuen Wahlordnung ja doch erst nach Friedensschluß erfolgen könne, und daß es deshalb praktisch nicht von Erheblichkeit sei, ob die Vorlage in den gesetzgebenden Körperschaften um einige Tage später in Angriff genommen werde. Eine sehr merkwürdige Auffassung! Hier ist bereits nachgewiesen worden, daß durch die eingeleiteten Verschleppungsmanöver die Erledigung der Vorlage sich sehr wohl bis Ende 1918 oder noch länger hinauszuziehen läßt. Aber bis dahin könnte doch nun wirklich schon Frieden sein. Unsere Reichsleitung war ja sogar der Ansicht, daß der Frieden viel früher kommen würde.

In den „Berliner Politischen Nachrichten“ wird die Verfohlung der Wahlrechtsvorlage mit der Herrenhausvorlage als eine gerade im Interesse der russischen Durchführung des gleichen Wahlrechts liegende Maßnahme gepriesen.

Es kann denen, welche gegenüber der Einführung des gleichen Wahlrechts nicht ohne Bedenken sind, nicht wohl zugemutet werden, diese Bedenken zurückzustellen, bevor sie in der Lage sind, die Neuordnung des gesamten Landtages im ganzen übersehen zu können. Damit durch eine Reform des Herrenhauses, die gegenüber der aus gleichen Wahlen hervorgegangenen Zweiten Kammer einen angemessenen Ausgleich zu bilden vermag, einer größeren Zahl von Mitgliedern in beiden gesetzgebenden Körperschaften die Zustimmung zu dem gleichen Wahlrecht erleichtert wird, liegt sonach die gleichzeitige Vorlegung und Beratung der Reform beider Häuser im wohlüberlegten Interesse möglichst leichter Durchführung des gleichen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus.

In weniger diplomatisches Deutsch überseht heißt das: den Gegnern des gleichen Wahlrechts soll die Bitte verjüht werden durch eine Stärkung der Stellung des Herrenhauses. Für eine solche „Reform“, die mit der einen Hand nimmt, was sie mit der anderen gibt, bedankt sich das Volk aber bestens!

Wie schließlich die Bemogelung aussehen soll, dafür gibt die „parlamentarische Seite“ der „Post“, hinter der gewöhnlich der Freiherr v. Jellich steht, ein Schulbeispiel. Mit schändlichen Worten malt Herr v. Jellich die Gefahr einer „Vorberrschung des Proletariats“ an die Wand und kündigt seinen schreckensbleichen Lesern an, daß ein aus dem gleichen Wahlrecht hervorgegangenes Parlament sich sogar einfallen lassen könnte, Ausgaben für die Armen zu bewilligen und die Mittel hierfür aus den Taschen der Reichen zu nehmen.

Einer solchen Gefahr für die großstädtischen und Industrie-gemeinden läßt sich nur vorbeugen, wenn bei der Reform des preussischen Wahlrechts von einer einfachen Uebertragung des Reichstagswahlrechts abgesehen, vielmehr dabei auf Struktur und Aufgaben des preussischen Staates gebührend Rücksicht genommen wird. Das aber kann nur geschehen, indem einerseits demokratisierenden Wirkung des Wahlrechts vorgebeugt wird. Auch wer die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen erstrebt, wird daher schon im Interesse der künftigen Gestaltung des Kommunalwahlrechts auf die Schaffung ausreichender Gegengewichte gegen dessen demokratisierende Wirkung bei der Neuordnung des Landtages Bedacht zu nehmen haben.

Als Gegengewichte werden gebraucht, — nämlich Gegengewichte gegen die Stimme der Männer, die das deutsche Volk mit ihrem Blute verteidigt und gerechtfertigt haben. Aber diese Männer werden zeigen, daß sie sich nicht durch „Gegengewichte“ um ihr selbstverständliches Recht im Staate bringen lassen.

## Kriegsanleihenwerbung mit alldeutscher Propaganda.

Im Dienstleistung des Landratsamts Neustettin ging den Geistlichen und anderen Personen des Kreises folgendes Zirkular zu:

Neustettin, den 11. Oktober 1917.

An die Herren Geistlichen des Kreises Neustettin.  
Die bei der vorigen Kriegsanleihe erbatte ich auch für die 7. Anleihe Ihre tätige Mithilfe. Ich weiß ja, daß die Herren, unter Mithilfe der Herren Lehrer auch bisher schon Ihre ganze Kraft und die Macht Ihres Einflusses für das große Ziel der Gindenburg-Anleihe eingesetzt haben.

Aber gerade die Vorgänge der letzten Tage geben mir Veranlassung, an Sie mit der Bitte heranzutreten, wiederum von der Kanzel und durch persönliche Einwirkung zu werden. Wichtigste und Wiederholte sind am Werke, dem deutschen Volke die Früchte seiner heiß und blutig errungenen Siege zu verkünden; Vaterlandsverräter wagen offen und heimlich, die Disziplin zu untergraben und damit das Vaterland dem Feinde preiszugeben, der sich anmacht, einen Teil zwischen Herr und Volk zu treiben.

Da hilft nur Aufwecken des deutschen Jorns, Aufrichten der Schwachen und Zusammenstoß aller zum letzten Siegeswillen; auf dieser Grundlage gegen Wölfe und die Internationale jeder Farbe, für einen starken deutschen Frieden mit den erforderlichen Entschädigungen für uns) läßt sich auch der Opferismus und die Opferfreude stärken und festigen. Ueber die Notwendigkeit, alles nur irgend Verfügbare an Geld und Kriegsanleihe zur Verfügung zu stellen, bestehen keine Zweifel.

Wer den Erfolg sichern hilft, tritt den Brüdern an der Front gleichgestellt zur Seite.

Der Vorsitzende des Sparlosenverbandes  
gez. von Herzberg, Landrat.

Dieses Zirkular läßt den Schluß zu, daß es dem Herrn Landrat weit mehr um die Propaganda seiner alldeutschen Parteipolitik, als um den Erfolg der Kriegsanleihe zu tun gewesen ist. Der Herr Landrat benutzt die Werbung für die Kriegsanleihe sogar zum „Aufwecken des deutschen Jorns“ gegen die „Internationale jeder Farbe“ (das ist alldeutsche Mundart und bedeutet: gegen Sozialdemokratie und Zentrum). Für einen Regierungsbeamten ist diese Art der Anleihepropaganda ein ziemliches Stück.

## Ein Großindustrieller gegen die „Vaterlandspartei“.

Daß sich gegen das wüste, völkerverhetzerische Treiben der „Vaterlandspartei“ nun sogar Widerspruch aus den Reihen der Großindustrie erhebt, ist kein schlechtes Zeichen der Zeit. In der „Alldeutschen Zeitung“ schreibt Dr. Silberberg, Generaldirektor der preussischen Rheinischen u. G. f. v. Braun, Kohlen- und Eisindustrie über: „Vaterlandspartei und Friedensangebote“. Dem Artikel sind folgende Sätze entnommen:

„Glaubt denn ein verständiger Mensch in Deutschland, bei irgendjemand zu Hause oder im Heere durch die Auffstellung von Zukunftsplänen oder Projekten Kriegsbegeisterung erwecken zu können? Die Kriegsbegeisterung aus dem August 1914 ist einem entschlossenen Ernst gewichen. Und glaubt jemand, zur Stärkung und Betonung dieser ernstlichen Entschlossenheit des deutschen Volkes genügt nicht die Darstellung, was eine Niederlage Deutschlands bedeutet, gestützt auf die Forderungen der Gegner? Für den Mann im Heer in der vollen Kenntnis der Lage der feindlichen Bevölkerung, in deren Gebiet sich der Krieg abspielt? Für den Dürren die Kenntnis der Leiden und Schäden, die der Russeneinfall diesen unglücklichen Lande gebracht hat? Wir wiederholen: Glaubt ein einsichtiger Mensch, das alles genüge nicht, um den entschlossenen Ernst im deutschen Volke zu stärken und zu kräftigen? Wenn gestiehe das deutsche Volk im entschlossenen fühligen Ernst nicht besser als in eroderungsstüchtiger Kriegsbegeisterung?“

Daher sei an alle Teile die dringende Aufforderung nach ruhiger Ueberlegung gerichtet. Die Erkenntnis und Darstellung der Dinge, wie sie wirklich sind, führten dahin, zu sagen: Unterläßt alle Vereinsbildungen, wie die Vaterlandspartei, die entspricht in ihren Forderungen ebensowenig dem ernstlichen des deutschen Volkes, wie die Wiederholung immer wieder abgelehnter Friedensangebote.“

Das schreibt ein Mann, der selbst in leitender Stellung in der Bergwerksindustrie steht.

## Kartoffellieferungen nach dem Ausland.

Man schreibt uns:

Die Schweiz ist in der glücklichen Lage über ein großes Quantum aus Deutschland eingeführter Kartoffeln zu verfügen, die in Bern zum Preise von 6 Francs pro Zentner an die Bevölkerung abgegeben werden. Die Versorgung ist sehr reichlich, vorläufig kann auf den Kopf der Bevölkerung ein Zentner abgegeben werden. Das Angebot an schöner Ware ist so groß, daß die Schweizer Zentralstelle in der Lage ist, alle eingehenden Aufträge in kurzer Frist auszuführen. Nach Schweden ist, wie berichtet wird, gleichfalls ein großer Posten Kartoffeln aus Deutschland ausgeführt.

Ist dieses Verfahren der deutschen Regierung nicht sehr bedenklich? Selbst wenn von den hier genannten Staaten eine Kompensation gewährt wird, so bedeutet die Ausfuhr von Lebensmitteln im hohen Maße eine Gefährdung unseres eigenen Volkes. Wir haben eine gute Kartoffelernte, aber es wäre sehr gewagt, anzunehmen, daß wir im Ueberfluß schwimmen. Die gegenwärtige Kartoffellieferung von 7 Pfund pro Woche genügt für sehr viele Familien nicht, und der Wunsch nach einer Erhöhung ist durchaus berechtigt. Mit welchem Empfinden muß unsere Bevölkerung wahrnehmen, daß Kartoffeln ausgeführt werden, während im eigenen Lande die Versorgung ungenügend ist?

## Rübenpreiserhöhung und Arbeiterlöhne.

Zu der Meldung in unserer gestrigen Nummer, daß die Reichsregierung noch zwei Millionen Zentner Zucker aus der verbleibenden Ernte auf Lager habe, erklärt das Kriegsernährungsamt, daß eine solche Reserve zu Beginn eines neuen Wirtschaftsjahres vorhanden sein müsse, da die Fabrikation infolge Leutenot und Rohstoffmangel nicht sofort voll beginnen könne und im Deutschen Reich monatlich 2½ Millionen Zentner Zucker verbraucht werden. Zu der Bemerkung des „Vorwärts“ über die Verzinsung des gelagerten Zuckers mit 6 Proz. sei zu erwidern, daß nur ein Ausgleich zwischen den mehr oder weniger entfernt von den Verbrauchszentren liegenden Fabriken statfinde, damit nicht eine Fabrik infolge Frachtparternis bedeutende Gewinne vor den anderen machen könne. Auf unsere Mitteilung, daß voraussichtlich die neue Zuckereiernte nicht reiflos auf Zucker verarbeitet werden würde, erwidert das Kriegsernährungsamt, dieses sei nur eine Annahme, die allerdings im Ernährungsamt gemacht sei, damit die Bevölkerung keine Täuschung erlebe. Was aber die Erhöhung des Rübenpreises anbelange, so habe man darüber vorläufig nur Erhebungen eingeleitet, die noch nicht abgeschlossen seien.

Wozu diese Erhebungen nötig sind, ist uns nicht recht verständlich. Die Güterbesitzer erhalten bereits heute den Zentner Rüben mehr als doppelt so hoch bezahlt als im vorigen Jahre. Daß sie gern einen noch höheren Verdienst herausdrücken möchten, glauben wir gern, und daß ihnen dazu jedes Mittel recht ist, lehrt folgender Fall.

Die Gutverwaltung des Dominiums Stanowitz, Kreis Striegau, der Frau von Richthofen gehörig, hat ihren Arbeiterinnen 2,50 Mark für Rübenausmachen pro ¼ Morgen. Es betrifft dies den Kolonnenarbeitslohn pro Person. Ein Preis, der schon in Friedenszeiten gezahlt wurde und 25 Pf. niedriger war, als im vorigen Jahre. Die 32 Arbeiterinnen, die größtenteils dem Landarbeiterverbande angehören, weigerten sich, für diesen niedrigen Lohn, bei dem sie kaum 6 bis 7 Mark die Woche verdienen, zu arbeiten. Nach einigen Tagen bot ihnen der Herr Inspektor 2,75 Mark. Aber sie blieben standhaft und bestanden auf ihrer Forderung von 3 Mark pro ¼ Morgen. Darüber war der Herr natürlich sehr empört und drohte mit Einstellung von Kriegesgefangenen. Als auch diese Drohung nicht zog, versicherte er, lieber die Rüben erfrieren zu lassen, als noch einen Pfennig mehr zu geben. Ein Versuch des Gausleiters des Landarbeiterverbandes, mit der Gutverwaltung zu verhandeln, scheiterte an der Angeregtheit des Herrn Inspektors. Der Herr meinte, der Landwirtschaftliche Verein in Striegau habe ihm den Lohn vorgeschrieben, mehr dürfe er nicht geben. Mit dem Gausleiter wolle er nicht zu tun haben. „Schickt mir bloß den Mann vom Verband nicht mehr auf den Hals!“ zuhörte er zu den Arbeiterinnen. Zwei Tage später scheint der Herr jedoch die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß auch die Landarbeiterinnen ein Recht zum Leben haben, und hat ihnen die geforderten 3 Mark. Ober sollte er etwa eingelehen haben, daß sein Herrenstandpunkt an der Einigkeit der Arbeiterinnen gescheitert ist?

Wir wollen hoffen, daß das Kriegsernährungsamt sich die Landarbeiterinnen von Stanowitz zum Vorbild nimmt und gegenüber der agrarischen Begehrlichkeit dieselbe Standhaftigkeit bewahrt wie jene.

## Angenehmer Zuzug.

Der kurländische Kreidmarschall, Baron Karl von Kantuffel-Ragdanen, der größte Großgrundbesitzer Kurlands, ist vor kurzem aus der russischen Internierung, in der er sich seit Kriegsausbruch befand, entkommen. Einem Ausfrager der „Täglichen Rundschau“ entwickelte er nun seine Ansichten über die Zukunft Kurlands und Anklands, von deren Tiefe und Objektivität zu reden sich erübrigt.

Nur ein paar Sätze dürften geeignet sein, ein interessantes Schlaglicht auf den Vaterlandsbegriff der — und nur der kurländischen? — Junker zu werfen:

„Wir Kurländer waren im Herzen immer deutsch. Aber wir hatten Pflichten der Loyalität gegenüber dem Jaren, gegen die

wir, einer so gut wie der andere, nie verlassen haben würden. Der Jar hat abgedankt. Nichts knüpft uns damit mehr an Rußland. Wir sind frei. Die kurländische Mitternacht hat sich auf diesen Standpunkt gestellt. Ich tue es auch. Ich bin jetzt nur noch Deutscher — betrachte mich als Angehöriger des Reichs.“

Wirklich? — Aber das deutsche Volk bedankt sich für den Zuzug derartiger Bestimmungen.

Bundesratsarbeit. In der Bundesratsitzung am Donnerstag gelangten zur Annahme der Entwurf einer Bestimmung betreffend den Betrieb der Anlagen der Glashafenindustrie, der Entwurf einer Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe für die Ernährung der Selbstverbringer und für die Saat zu belassenden Früchte vom 20. Juli 1917, der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Jollerleichterung für Frucht- und Pflanzenstoffe, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Veranstaltung von Reichsspielen vom 8. August 1917 und der Entwurf einer Verordnung über Fleischbrühwürfel und deren Ersatzmittel.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Die bulgarischen Genossen, die dem Parteitag ein herzliches Begrüßungstelegramm sandten, bitten, den in Nr. 286 des „Vorwärts“ wiedergegebenen Text richtigzustellen. Es soll zum Schluß heißen: Vorwärts zum baldigen und dauerhaften Frieden. (Nicht „deutschen Frieden“.)

Polnische Kreiswahlen. Lublin, 24. Oktober. Die des Generalgouvernements mittels, sind die Wahlen für die Kreisvertretungen im ganzen österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet abgeschlossen worden; sie werden im Laufe des Dezembers abgeschlossen werden.

Die Not in Finnland. Der Generalgouverneur von Finnland, Strachewitsch, teilt der Petersburger Provisorischen Regierung mit: Die Not an Lebensmitteln hat in Finnland jetzt derartig drückende Formen angenommen, daß, wenn nicht sofort Abhilfe geschaffen wird, eine große Anzahl von Stadtwahlungen sich gezwungen sehen wird, den russischen Staatsangehörigen die Vorkarten zu entziehen.

Ein Erfolg gegen Bogrome. Der russische Minister des Innern erteilte den Regierungskommissaren der Provinz den Auftrag, energische Maßnahmen zu ergreifen, um die persönliche Sicherheit der Angehörigen fremder Staaten sowie die ihrer Industrie- und Handelsunternehmen und ihres Personals sicherzustellen; und im allgemeinen alle Ausschreitungen der Bevölkerung gegen Fremde zu verhindern.

Munitionsexplosion in Kent. London, 25. Oktober. (Neuermeldung.) Am 23. Oktober ereignete sich in den Munitionswerken in Kent eine Explosion, bei der zwei Arbeiter ums Leben kamen. Die Verletzungen der anderen Arbeiter waren geringfügig; auch der Sachschaden war gering.

Amerika schickt England weiter Geld vor. Washington, 25. Oktober. (Neuer.) Die Regierung gewährt Großbritannien eine neue Anleihe von dreißig Millionen Dollar.

Zivildienstpflicht in Holland. Der Zweiten Kammer liegt ein Gesetzentwurf über die Einführung der Zivildienstpflicht vor.

## Die Parteipresse zum Parteitag.

In der ganzen Parteipresse spiegelt sich ungebrochen der harmonische, aufbauende, belebende Verlauf des Parteitags. Die „Dressener Volkszeitung“ schreibt:

„Offen und ehrlich müssen wir vor das Volk hintreten, wir können nicht den Himmel auf Erden versprechen, aber wir wollen als Praktiker des Sozialismus an der Erholung nach dem Kriege und am Neuaufbau der Volkswirtschaft und der Kultur arbeiten. Wir wollen einreten für die fortschreitende Sozialisierung, für die soziale Sicherung und Hebung der Arbeitermassen, für Demokratie in Staat und Gemeinde, für die Neuordnung der Beziehungen unter den Völkern. Scheidemanns Worte wuchsen empot zu einem großen Hymnus der Jubelstimmung: all das Grauen, das wir erlebten und noch immer erleben, soll uns doch nicht der Verzweiflung überliefern, wir wollen trotz Not und Tod den Glauben in die Zukunft bewahren und uns zum Kampf für Recht und Freiheit und Völkerrfrieden bereiten!“

Ganz ähnlich schreibt auch Genosse Keil in der „Schwäbischen Tagwacht“:

„Die Politik der Partei ist unter dem Einfluß des Weltkrieges elastischer und großzügiger zugleich geworden. Eine Partei, die dem Vertrauen der hoffnungsvollen auf sie blickenden Millionen gerecht werden will, kann in ihren taktischen Methoden nicht unberührt bleiben, wenn das eigene Staatsweien und mit ihm die ganze Welt den größten Erschütterungen unterworfen ist. Von der Politik der Sozialdemokratie hing und hängt auch heute noch die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes ab, von ihr hängt es ferner ab, ob Deutschland nach diesem Krieg ein freies Staatsweien sein wird. Eine schwerere Verantwortung hat nie eine Partei getragen wie die deutsche Sozialdemokratie während des Weltkrieges. Die Sozialdemokratie hilft entscheidend die Gefahren abwehren, die das deutsche Volk von außen bedrängen, sie hat aber auch die Gefahren zu bannen, die ihm von innen drohen. Mit der großen Verantwortung, die sie trägt, kann sie einen starken Einfluß verknüpfen, wenn sie kraftvoll und flug zu handeln versteht.“

Einige Blätter äußern sich skeptisch über die Wiedervereinigung beider Arbeiterparteien, wenn natürlich auch sie die Beilegung des Bruderkrieges wünschen. So schreibt der „Volkswille“:

„Aber wie die Dinge liegen, ist leider vorerst an eine solche Einigung nicht zu denken. Die „Anabhängigen“ und ihr Anhang werden fortfahren, den Bruderkrieg zu führen, die Spaltung noch immer weiter zu treiben, bis — nun, bis die deutsche Klassenbewegung Arbeiterpartei deren vermittelndem Treiben ein „Bis hierher und nicht weiter!“ zuruft, wenn sie entschieden und folgerichtig auf dem Wege fortschreitet, den sie in den schweren Jahren des Weltkrieges bestritten, wenn sie ohne Preisgabe einer ihrer Forderungen jeden Vorteil ergreift und feinhält, ganz gleich, unter wessen Mitwirkung er erreicht wird.“

In gleichem Sinne spricht sich das „Hamburger Echo“ aus:

„Auch der Glaube der Massen an die unerschütterliche Kraft der Sozialdemokratie ist ein politischer Nachfaktor, der durch die Spaltung schwere Einbuße erleidet. Kein Wunder also, wenn auf dem Hamburger Parteitag immer wieder das Schreien nach Wiederherstellung der Parteieinheit durchklang. Aber die Frage, ob dieses Schreien bald seine Erfüllung finden könne, konnte der Parteitag nicht beantworten; denn diejenigen, die freiwillig die Spaltung herbeigeführt haben, waren nicht da. Er konnte nur feststellen, daß die sozialdemokratische Partei nicht die Schuld an der Verfestigung der Parteieinheit trägt, und konnte die Voraussetzungen feststellen, die für eine Wiedervereinigung unerlässlich sind, nämlich die demokratische Unterordnung der Minderheit unter den Willen der Mehrheit. Ihre Notwendigkeit für ein geschlossenes Zusammenarbeiten wird, davon sind wir überzeugt, in den organisierten Arbeitermassen immer mehr erkannt werden. Und diese Erkenntnis wird auch in Deutschland wieder eine einzige geschlossene Partei erstehen lassen; eventuell gegen den Willen derer, die die Einheit gestört haben.“

# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

## Generalversammlung der Sattler.

Aus dem in der Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Korbschneider am Mittwoch erstatteten Geschäftsbericht für das dritte Quartal geht hervor, daß die letzten Lohnbewegungen außer ihren materiellen Ergebnissen auch agitatorische Erfolge hatten, die durch Aufnahme von 1841 Mitgliedern in Erscheinung traten. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Quartals von 3820 auf 4019 gestiegen, und zwar sind 2516 männliche und 1503 weibliche Mitglieder vorhanden.

Der Vorstand hat in Uebereinstimmung mit dem Ausschuss den Mitgliedern einen Antrag auf Beitragserhöhung zur Urabstimmung unterbreitet. Vorgebracht ist eine Erhöhung um 15 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder, so daß der Beitrag für die Hauptkategorie auf 70 Pf. für männliche und 40 Pf. für weibliche Mitglieder steigt. Dazu kommt für Berlin ein Lokalaufschlag in der bisherigen Höhe von 20 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder. In Berlin wird die Urabstimmung am 8. Dezember vorgenommen.

Die Versammlung nahm Stellung zur Gewährung einer außerordentlichen Weihnachtsunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer und der arbeitslosen Mitglieder. Es wurde beschlossen, der Verwaltung zu diesem Zweck 20000 Mark aus der Lokalkasse zur Verfügung zu stellen und die Unterstützung nach folgenden Grundsätzen zu verteilen:

Für die Familien derjenigen Kriegsteilnehmer, die bereits vor Ausbruch des Krieges der Organisation angehört und mindestens 52 Beitragsmarken entrichtet haben — 30 M. — Für die Familien derjenigen Kriegsteilnehmer, die erst während des Krieges der Organisation beigetreten sind, oder ebenfalls mindestens 52 Beitragsmarken entrichtet haben — 12 M. — Voraussetzungen zur Zahlung dieser Unterstützung ist aber, daß das Mitglied bereits vor dem 1. Oktober 1917 zum Wehrdienst einberufen wurde. — Arbeitslose Mitglieder, die sich bis zum Donnerstag, den 20. Dezember, während der üblichen Nachmittagsstunden arbeitslos gemeldet haben, erhalten bei einer Mitgliedschaft und Beitragszahlung von 26 Wochen — 6 M. und bei einer Mitgliedschaft und Beitragszahlung von 52 Wochen — 10 M. Unterstützung. — Der verbleibende Rest der Summe wird zur Aufzählung des Fonds verwandt, aus dem auch die auf Urlaub befindlichen lebenden einberufenen Kollegen in gleicher Weise Unterstützung erhalten.

## Eine patriotisch gesinnte Firma.

Im Mai dieses Jahres sahen sich die Arbeiter des königlichen Hoflieferanten Winkler, Fabrik für chirurgische Instrumente, Berlin, Friedrichstraße, auf Grund ihrer äußerst mäßigen Löhne genötigt, an ihren Arbeitgeber heranzutreten mit dem Ersuchen, die Löhne und Verdienste aufzubessern. Die Verdienste in der chirurgischen Branche gehörten schon seit jeher zu den schlechtesten in der gesamten Metallindustrie, und daß diese Firma keine Ausnahme machte, auch nicht den Verhältnissen Rechnung getragen hat, geht daraus hervor, daß die Arbeiter in diesem Betriebe, als sie ihre Forderung stellten, folgende Verdienste erzielten: Fünf Orthopädiemechaniker 1,20 M., drei Wandagisten 90 Pf., ein Wandagist 1 M., zwei Wandagisten 1,20 M., ein Wandagist 50 Pf., eine Berniederin 55 Pf., drei Schleifer 90 Pf. für die Stunde. Von den letzteren arbeiten zwei im Afford und hatten dann für die Stunde 1,80 M. Auf diese miserabel mäßigen Verdienste forderten nun die Arbeiter eine Erhöhung von 25 Proz., gewiß keine unbeschreibliche Forderung, zumal wenn man bedenkt, daß es eine derjenigen Firmen ist, die infolge des starken Bedarfs an chirurgischen Instrumenten und orthopädischen Apparaten während des Krieges Aufträge in nicht zu bewältigender Menge erhalten hat.

Die Arbeiter hatten mit ihren Verhandlungen nicht den gewünschten Erfolg, und mußten deshalb die Hilfe des Schlichtungsausschusses in Anspruch nehmen. Hier wurde ihnen ihr Recht, das scheint die Firma gekränkt zu haben, und sie hat sich nun schädlos gehalten, indem sie, wie der nachfolgende Brief zeigt, den Familien der Arbeiter, die bis zum Kriegsbeginn bei ihr beschäftigt waren und jetzt eingezogen sind, die übliche Familienunterstützung entzog: Berlin, den . . . . .

An den . . . . . Sie werden wahrscheinlich durch Ihre Frau gehört haben, daß ich die ihr bisher gewährte monatliche Unterstützung in diesem Monat nicht ausbezahlt habe. Die verschiedenen Anträge, die an mich ergangen sind, veranlassen mich, um nicht falsche Gerüchte aufkommen zu lassen, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Mitte des vorigen Monats kamen die in meinem Betriebe beschäftigten Angestellten einschließlich der von mir rekrutierten Arbeiter zu mir und stellten eine sofortige weitere Lohnerhöhungsforderung von 25 Proz. Ich sagte ihnen, daß ich bereit wäre, die Lohn- und Affordlage sofort um 10 Proz. zu erhöhen, jedoch erst nach Abwidlung der jetzt in Arbeit befindlichen Aufträge, die mir auf Grund bereits abgegebener Kostenaufschläge erteilt worden sind, die weiteren 15 Proz. bewilligen wollte, da ich sonst einen zu großen Ausfall hätte. Ich erwähnte anlässlich dieses Gespräches, daß, wenn die Arbeiter bei ihrer Forderung bestehen bleiben, ich mich veranlassen sehen würde, um einigermaßen für den Ausfall gedeckt zu sein, die bisher an die Frauen der eingezogenen Arbeiter geleisteten Unterstützungen in Fortfall kommen zu lassen. Hierauf erhielt ich jedoch den Bescheid, daß die Arbeiter auf ihrer Forderung, d. h. sofortige Lohnerhöhung von 25 Proz., bestehen müssen. Die Folge davon war, daß ich auch Ihrer Frau die Unterstützung entzog.

Aus Vorstehendem erkennen Sie, daß nicht die Länge des Krieges und die ganz bedeutende Höhe der Unterstützungen, die sich im Laufe der Zeit ergeben hat, die Veranlassung zu meiner Maßnahme gewesen sind, sondern Sie haben es ausschließlich Ihren eigenen Kollegen zu danken, daß ich zu solchen Mitteln habe greifen müssen. Ich weiß ganz genau, daß nicht alle diejenigen Arbeiter mit dem fernzeitigen Fortschritt einverstanden gewesen sind, aber leider hat hier wieder die große Unkenntnis und Rücksichtslosigkeit der Oberhand gewonnen, und wie das immer im menschlichen Leben der Fall ist, müssen Unschuldige hauptsächlich mit hierunter leiden. Vielleicht trauen diese Feilen mit dazu bei, daß Sie, die Sie draußen im Schützengraben für das Wohl des Vaterlandes kämpfen, Ihren Kollegen in der Heimat einmal ins Bewußtsein reden, damit sie nicht ungerechte Forderungen stellen, sondern, wie es bei mir bisher üblich gewesen ist und auch später üblich sein wird, in ruhiger Art und Weise eine beiderseitige Verständigung herbeiführen.

Ich behalte mir vor, später evtl. teilweise oder ganz die Unterstützungen wieder einzustellen zu lassen. Hochachtungsvoll  
gez. H. Winkler.

## Industrie und Handel.

### Das Gold der Reichsbank.

Der Gedanke, daß die Beteiligung an der Zeichnung auf die Kriegsanleihen zum Schutze des Reiches dringend erforderlich ist, ist Gemeingut geworden. Auf einem anderen Gebiete ist die Ueberzeugung von der dringenden Notwendigkeit mitunter, hingegen noch nicht in erwünschtem Maße durchgedrungen, nämlich auf dem Gebiete der Goldsammlung. Etwaliche Mengen von Goldschmuck, kostbaren Edelsteinen, Perlen usw. sind zwar bereits an die Goldankaufstellen abgeliefert worden, aber noch immer wird von vielen Seiten mit der Abgabe zurückgehalten. Stellen die Kriegsanleihen gleichsam eine Sammlung der Mittel für den inneren Bedarf dar, so ist die Ablieferung von Gold ein Erfordernis, damit wir wichtige Bedarfsgüter vom Auslande beziehen und gleichzeitig den Goldbestand unserer Reichsbank, der die Grundlage unseres Papiergeldumlaufs bildet, stark erhalten. Der Ankauf zur Ablieferung von Gold ist eine Vorstufe für die Zukunft, für die Zeit nach dem Kriege, wenn wir die verschiedenartigen Rohstoffe einführen müssen, um unsere Friedensindustrie und unseren Friedensexport wieder auf die frühere Höhe zu bringen. Dieser Hinweis auf die Zukunft darf aber niemand verleiten, zu glauben, er habe mit der Ablieferung seines Goldschmucks jetzt ein altes Sprichwort besagt: „Wer schnell gibt, gibt zweimal!“

### Das deutsch-holländische Wirtschaftsabkommen.

Das von den deutschen und niederländischen Delegierten abgeschlossene Wirtschaftsabkommen ist nunmehr in Kraft getreten; mit seiner Ausführung ist von beiden Seiten bereits begonnen worden. Der wesentliche Inhalt ist folgender: Deutschland gewährt Holland unter anderem Ausfuhrbewilligungen für eine die Bedürfnisse Hollands der Hauptfache nach bedeckende Menge deutscher und belarischer Kohlen, sowie von Eisen und Stahl. Holland hat sich dagegen zur Lieferung bestimmter Lebensmittel, insbesondere Käse und Butter, verpflichtet. Ferner erhält ein deutsches Bankensyndikat einen langfristigen Salutarredit, der zur Deckung der Zahlungsbilanz bestimmt ist und hierfür ausreicht wird. Es muß anerkannt werden, daß dies nach schwierigen und langen Verhandlungen zustandegekommenes Abkommen den berechtigten Interessen der beiden Länder entspricht. Das Abkommen ist zunächst auf sechs Monate, bis Ende März 1918, abgeschlossen worden. Auch dies erscheint günstig, weil dadurch während einer für kriegerische Verhältnisse immerhin längeren Zeit den wirtschaftspolitischen Beziehungen beider Länder Stetigkeit gesichert ist.

### Ein deutsches U-Boot als Propagandamittel für amerikanische Kriegsanleihe.

Der „Fr. Jg.“ wird aus der Schweiz gemeldet. Das Unterseeboot ist nicht nur dazu da, feindliche Kriegsschiffe zu versenken und die Sperrgebiete von jedem Seeverkehr frei zu halten. Die Amerikaner haben ein neues Tätigkeitsfeld für es erfinden: sie verwenden es als Spekulationsmittel für die Zeichnung der Kriegsanleihe und zur Belebung der Börsentenden. Aus New York berichten französische Blätter, daß ein deutsches U-Boot, das von der britischen Marine erbeutet wurde, in den dortigen Hafen eingelaufen sei. An der Börse stieg die Kursnotiz des Geschäftes, die Börsenbesucher brachten Purras aus und dann — liegen die Kurse um 1-2 Punkte. Fast sofort habe sich auch die Wirkung des Vorfalls auf die Anleihezeichnung ergeben, die Subskriptionen überschritten die Wankte.

## Soziales.

### Änderung der Reichsversicherungsordnung.

Die Änderung der Reichsversicherungsordnung betraf eine Konferenz, die in den letzten Tagen im Reichsamt des Innern stattfand. Anwesend waren Vertreter verschiedener Reichsbehörden und der fünf großen Krankenkassenhauptverbände. Verhandelt wurde über die Erhöhung der für die Pflichtversicherung der

Angestellten wie Handlungsgehilfen usw. maßgebenden Höchstgrenze des Jahresarbeitsverdienstes von 2500 M., wobei von allen Seiten, auch dem Reichsamt des Innern, diese Erhöhung als unüberwindlich bezeichnet wurde. Die Regierung wäre zu einer entsprechenden Verordnung bereit (insbesondere, wenn sie vom Reichstag dazu aufgefordert würde), doch sollen zunächst die Arbeitgeberkassen zu einem Gutachten aufgefordert werden. Einmütig ist bereits auch über die soeben besprochene unerlässliche Erhöhung des Höchstjahres des arbeitsunfähigen Krankengeldes und des Grundlohnes über 5 und 6 M. hinaus, es wird kein Bedenken getragen, die Erhöhung auf 8 und 10 M. vorzuschreiben. Hierdurch wird es möglich, von den gutentlohnerten Versicherten höhere Beiträge einzubehalten und ihnen höheres Krankengeld zu gewähren. Im weiteren wird über die Zulassung von Nebenleistungen gesprochen, die in der Reichsversicherungsordnung, nicht aber in anderer Form und Höhe vorgegeben sind. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die Erhöhung des Krankengeldes durch Zurechnungszinsen nach feststehenden, gleichen Sätzen, sowie um Zulagen nach der Zahl der Kinder. Auch hier zeigte die Regierung Entgegenkommen. Allerdings würde eine Regelung durch Bundesratsverordnung unerlässlich sein, da das Reichsversicherungsamt in der Frage der gleichmäßigen Zulagen andere Meinungen vertritt. Zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit der Kassenorgane infolge Einziehungen zum Kriegsdienst war von dem „nationalen“ Gesamtverband Deutscher Krankenkassen vorgeschlagen worden, durch Einennung von Vertretern durch die Versicherungsämter einzugreifen. Hiergegen erbob aber der Hauptverband der Ortskrankenkassen Widerspruch. Die Frage bleibt deshalb offen. Nachdem auch über einige strengere Punkte aus der Reichsversicherungsordnung gesprochen worden war, die von Regierungsvorstreitern zurechnende Ausfüllung fanden, verhandelte man über das Verfahren bei Satzungsänderungen über Nebenleistungen, die vor Erlass des Notarbeschlusses zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen noch nicht eingeführt waren. Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß es hier einer Satzungsänderung mit dem in der Reichsversicherungsordnung vorgezeichneten Verfahren bedarf. Erwünscht ist eine Vereinfachung in der Weise, daß die Mitwirkung des Ausschusses der Kasse fortfällt. Weiter wurde darüber gesprochen, wie den bei ihrer Krankenkasse weiterverpflichteten Kriegsteilnehmern bei Beurlaubung zur Rüstungsindustrie die Weiterversicherung bei der alten Kasse erhalten bleibt. Die Krankenkassenverbände halten hier eine neue Verordnung für wünschenswert, die dem § 6 der Verordnung über Krankenversicherung aus Anlaß des vaterländischen Hilfsdienstes nachgebildet ist. Nach dem Notarbeschlusse zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen dürfen diese nicht mehr als 1/3 Proz. als Kassenbeitrag vom Durchschnittslohn des Versicherten erheben. Das Reichsamt des Innern stellt eine Bundesratsverordnung in Aussicht, die den Kassen ermöglicht, höhere Beiträge nach Weggabe der Reichsversicherungsordnung zu erheben. Der letzte Punkt der Aussprache bildete die Frage, wie die statistische Versicherung der Hausgewerbetreibenden noch während des Krieges gefördert werden kann. Das Reichsamt des Innern berührt sich hier mit einer Anordnung nicht. In Preußen seien auch bereits in allen Orten, wo das Hausgewerbe in Frage kommt, Ortsstatute erlassen worden. Rückständig sei nur das Königreich Sachsen, wo die Unternehmer Einspruch erhoben haben. Die Kassenverbände wünschen schließlich noch, daß ihnen in Zukunft die Verordnungen im Entwurf vorgelegt werden, damit nicht Bestimmungen aufgenommen werden, die unverständlich und undurchführbar sind.

### „Sie haben doch Ihren Kopf noch!“

Der „Volkschullehrer“, Organ für die Interessen der deutschen Volksschule, veröffentlicht unter der obigen Ueberschrift eine kleine für das soziale Verständnis mancher Kreise charakteristische Schilderung, der wir nur den Schluß entnehmen. Ein vom Ausbruch des Krieges an unter den Kassen gesandener, mit dem Eisernen Kreuz bedachter Volksschullehrer meldete sich nach zweimaliger schwerer Verwundung, die ihn dienstunfähig machten, nach dem Kriegsjahre bei seinem früheren Vorgesetzten, und dabei kam es zu einer Unterredung folgenden Inhalts:

Schulinspektor: Wohin Sie nach Ostern und nach dem Kriege kommen, weiß ich nicht.

Lehrer: Ich war vor dem Kriege in Ralsdorf tätig und wünschte dort auch wieder Beschäftigung zu finden.

Schulinspektor: Sie haben keinen Anspruch darauf, in einem bestimmten Stadteile angestellt zu werden; Sie müssen dahin gehen, wohin wir Sie schicken. Jetzt ist der Hilfsdienst eingerichtet, da können Sie dazu verwendet werden.

Lehrer: Ich bin von der Militärbehörde als dauernd unbrauchbar entlassen, ich bin Krüppel; da werde ich den Hilfsdienst nicht so ohne weiteres übernehmen, da noch viele andere für diesen Dienst da sind.

Schulinspektor: Sie haben doch Ihren Kopf noch! —

Der „Volkschullehrer“ macht dazu folgende Bemerkung:

Diese Bemerkung traf den Kollegen schmerzlicher als die feindseligen Geschehnisse. Also das war das ganze Verständnis, das war die ganze Teilnahme des Vorgesetzten für einen Mann, der im Dienste des Vaterlandes geblutet und gelitten hatte und zum Krüppel geworden war! Der Herr Inspektor hat allerdings den Krieg und seine Schrecken nicht aus eigener Anschauung kennen gelernt; er ist seitens der Stadtverwaltung für die ganze Dauer des Krieges reklamiert worden. Trotzdem hätte man von ihm als Menschen wie als Offizier doch wohl etwas anderes erwarten dürfen.

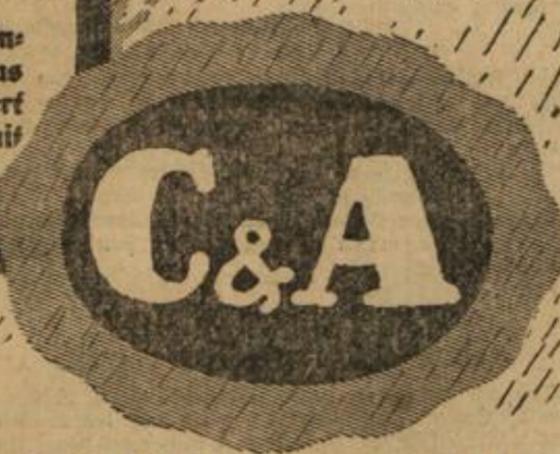
So geschähen in Saarbrücken! —

Es bedarf keines Kommentars dieses Vorkommnisses. Wir würden uns nicht wundern, wenn dieser tüchtige Schulinspektor auch ein tüchtiger Aldeutscher wäre.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Rastatt; für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Verlags- und Buchdruckerei v. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.   
Gleim 1 Keller und Unterhaltungsbüch.

# Wenn's regnet

ist eine besonders gute Gelegenheit, um Ihre Einkäufe bei uns zu besorgen. Der sonst bei uns herrschende Andrang ist dann wesentlich vermindert und Sie können daher in größter Ruhe und mit aller Sorgfalt Ihre Wahl treffen.



R  
Königstraße 33  
Chausseest. 113  
Zum Hühner Markt  
Zum Celler Markt  
Sonntags geschlossen.